

Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr nichts.

Vereint seid Ihr Alles!

Organ zur Wahrung der Interessen aller in der Textilbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Publikationsorgan des Zentralverbandes Deutscher Textilarbeiter (Sitz Berlin O. 27, Andreasstraße 61, l. r. Telefon: Berlin, Amt 7, Nr. 1076.)
Hauptkassierer: Georg Treue, Berlin O. 27, Andreasstraße 61, l. r., an den alle Geldsendungen — stets unter Angabe ihrer Bestimmung — zu richten sind) und der Zentral-Kranken- und Begräbniskasse für Textilarbeiter und Arbeiter anderer Berufe beiderlei Geschlechts (E. S. 12, Sitz Chemnitz).

Wöchentlich erscheint eine Ausgabe. Vierteljährlicher Bezugspreis durch die Expedition 60 Pfg., durch unsere Filialen und durch die Post 75 Pfg., durch erstere und den Briefträger ins Haus geliefert 90 Pfg. — Vereins- und Versammlungsanzeigen 15 Pfg., Geschäftsanzeigen 50 Pfg. die dreispaltige Petitzeile. Mitteilungen und Anzeigen müssen für die stets Mittwoch zum Versand kommende Ausgabe bis Montag früh in den Händen des Herrn Albin Reichelt, Chemnitz, Uferstraße 14, sein, an welchen auch die Bezugsgelder zu senden sind. — Telefon: Nr. 4102.

Nr. 45. Auflage 65 000 Chemnitz, Freitag den 10. November 1905. Auflage 65 000 17. Jahrgang.

Differenzen bestehen zwischen dem Unternehmer und Webern und Weberinnen in Lauban (Aug. Rahmann), Gera, Greiz, Reichenbach i. B., überhaupt im ganzen Vogtlande, Reichenbach i. Schl., Gardinen- und Spitzenwebern in Dobrich bei Dresden (Dresdner Gardinen- und Spitzen-Manufaktur, Aktien-Gesellschaft, Verteil. & Co. in Dresden und Fallenstein i. B.), Arefeld (W. Schröder & Co.), Seilern in München (Adolf Meirich) Handschuhschneidern in Aisch i. B., Kammgarnspinnern und -Anlegern in Gaußsch, Weitzig-Plagwitz (Schröder & Co.), Rowawes-Neuendorf, Posamentierern in Hamburg, Leipzig, Kiel, Magdeburg, Zeugdruckern in Arefeld, Wirtlern in Hohenkirchen (G. Lindemuth). In Vorbereitung: Lohnbewegungen der Fäbber Elbersfelds.

Aus dem sächsisch-thüringischen Kampf-Gebiet.

Am Freitag liefen die letzten Kundgebungen ab und die Aussperrung der Weber und Weberinnen ist mit diesem Tage eine vollständige geworden. Die Schließung der Färbereibetriebe ist für den 10. November angeordnet.

Wenn sich bis zum 2. November eine genügende Anzahl Arbeitswilliger bereit erklären würde, zu dem angebotenen Tarif zu arbeiten, sollte die Aussperrung am 6. November aufgehoben werden.

Das ist nicht geschehen, sodas angenommen werden muß, es haben sich nicht genug Leute gemeldet, trotzdem es die Unternehmer nicht an Anstrengungen fehlen ließen, die Arbeiter und Arbeiterinnen zu bewegen, ihre Meldungen anzubringen. Eine sonderbare Zumutung übrigens: dieselben Leute, welche man unbarmerzig aufs Pfahler warf, weil sie nicht vermochten, die Ausständigen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu den von den Unternehmern gebotenen Lohnsätzen zu bewegen, suchte man nun von neuem in die Fabriken hineinzubekommen unter der Bedingung, daß auch in den bestreikten Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen werden könnte. Oder wollte man die e f e Bedingung nun fallen lassen? Dann hätte man sich die Aussperrung ersparen können. Wollte man sie aufrecht erhalten? dann nutzten die Meldungen in den nicht vom Streik betroffenen Betrieben nichts. Die Unternehmer rechneten augenscheinlich darauf, daß der Streik aufgehoben würde, wenn in den übrigen Betrieben die Sache der Arbeiter durch Meldungen zur Wiederaufnahme der Arbeit zuntzichte gemacht worden wäre. Dazu läge aber für die Streikenden keine Veranlassung vor; für sie stände dann die Sache noch nicht ungünstiger als sie vor der Aussperrung stand. Zuerst erwarteten die Unternehmer in Gera von den Arbeitswilligen, sie würden sich schriftlich oder persönlich in den Weberkontoren melden. Das geschah aber nicht. Dann war ihnen gefallt, sich auch beim Direktor, Werkführer, Stuhlmeister, Warenhäuser zu melden. Auch diese Anordnung blieb erfolglos. Schließlich konnten sogar die Schuhmädels solche Meldungen entgegennehmen. Auch das zog nicht. Dann sind die Stuhlmeister zu den Webern und Weberinnen gegangen und stellten die Anfrage: „Sie wollen doch auch weiter arbeiten?“ Da sie ausgesperrt sind, also an freiwilliger Arbeit gehindert werden, erklärten die Arbeiter selbstverständlich, weiter arbeiten zu wollen — die angebotenen Mindestlohnrate aber lehnten sie ab und verweigerten die Unterschrift. Am die Aussperrten zur Annahme der Tarife geneigt zu machen, wurde sogar per Extrablatt in den Weberbetrieben bekannt gegeben, der Tarif sei in Meuselwitz, Reichenbach i. B., Neumarkt, Berga usw. angenommen. Auch diese Lüge zog nicht. Alles war vergeblich.

In einigen Nichtverbandsfirmen wird noch gearbeitet. In den Streikbetrieben sind nun auch die Arbeitswilligen entlassen worden. — Die Geraer Gewerkschaften haben beschlossen, durch Erhebung von Extrabeiträgen die Aussperrten zu unterstützen. Das scheint den Herren Aussperrern nicht zu passen. Man schrieb, daß die Aussperrten mit den ihnen gewährten Unterstützungsgeldern unzufrieden seien, daß sie mehr Streikunterstützung erwarteten hätten. Das ist kaum möglich, denn so weit sie nicht organisiert sind, haben sie nichts zu fordern, so weit dies der Fall ist, kommen, wie sie wohl wußten, die statutarischen Bestimmungen in Betracht. Mehr zu beanspruchen, fällt den Streikenden und Aussperrten gar nicht ein, denn sie sind selbst daran interessiert, daß die Kasse nicht zu sehr in Mitleidenschaft gezogen wird, damit, wenn der Kampf lange andauern sollte, auch immer genügend „Pulver“ vorhanden ist. Die gegenwertigen Behauptungen haben sich die mit Zubehörlöhnen gut bezahlten Soldknechte der Textilfabrikanten aus ihren Fingern gelogen.

Als Streikbrecherorganisation erweist sich wieder einmal die Organisation der sogenannten christlichen Arbeiter. Der Vorstand des christlichen Arbeitervereins ist auf die Seite der Arbeitgeber getreten und fordert in einem an die Textilarbeiter von Greiz und Umgebung gerichteten Aufrufe auf, die Arbeit

zu den neuen, von den Fabrikanten gebotenen Lohnbedingungen aufzunehmen.

Das Verhalten der Christlichen bleibt sich doch immer gleich: sie gehen einen Schritt vor, so lange das unbedenklich ist, und zwei zurück, wenn ihnen der Boden zu heiß wird.

Daß der neue Geraer, von den Fabrikanten gebotene Tarif niedriger ist, als der Meeraner Tarif, wird jetzt selbst von Unternehmenseite zugestanden. In einer „Richtigstellung“ heißt es:

„... so sei hiermit ohne weiteres zugegeben, daß der Meeraner Tarif noch etwas höher ist als der Geraer, aber dieser Unterschied beträgt im Durchschnitt kaum mehr als 5 Proz. Dabei soll auch nicht unerwähnt bleiben, daß Gera einige Artikel höher bezahlt als Meerane.“

Das zeigt auch ein Blick auf eine vergleichende Darstellung der Löhne, die in Meerane und in Gera gezahlt resp. gefordert werden. Die „Bewilligungen“ der Fabrikanten bestehen sogar zum Teil in Reduktionen der bisherigen Löhne, die 5—27 Proz. betragen. Weniger als der Meeraner Lohnsatz vorliegt, wurden 9—52 Proz. bewilligt. Hier einige Beispiele: Kammgarnkörper, 5—6 schäftig. (Wird mehrfach gearbeitet.) In Gera bisher gezahlter Lohn 2,80 Mk. Nach dem Meeraner Tarif wird für abgesetzte Körper 3,25—3,50 Mk. gezahlt. Gefordert wird in Gera 3,60 Mk., bewilligt wurde dort 2,10—2,30 Mk. für Artikel, welche sehr selten hergestellt werden, 2,20—2,45 Mk. Weniger bewilligt: 30—35 Proz. Reduktion: 12—25 Proz. Chemist-Körper, 4—6 schäftig. (Wird viel produziert.) In Gera gezahlter Lohn 2,75 Mk. Nach dem Meeraner Tarif wird 2,60—2,80 Mk. gezahlt. Gefordert wird in Gera 4 Mk. Bewilligt wurde dort 2—2,40 Mk. Weniger bewilligt: 9—23 Proz. Reduktion: 7—27 Proz.

Solcher Beispiele liegen sich noch viele anführen. Freilich könnten wir auch Artikel anführen, die Erhöhungen bis zu 20 Proz. aufweisen. Das ist aber namentlich von solchen Artikeln zu sagen, die selten oder garnicht hergestellt werden.

Also, der neue Geraer Tarif ist niedriger als der Meeraner, trotzdem aber ist in Meerane die Arbeiterschaft ausgesperrt. Klipp und klar wird hier dargetan, daß ganz allein die Unternehmer es sind, die unter allen Umständen eine Nachprobe wollen. Die Herren Baum und Reinhold und deren Kollegen im Glauchau-Meeraner Bezirk werden doch nicht im Ernst die Behauptung aufstellen wollen, daß ihre Geraer Konkurrenten unter allen Umständen niedrigere Löhne zahlen müssen.

Die Herren reden auch einiges darüber, daß hohe Lohnsätze den Arbeitern nichts nützen, wenn die betreffenden Warenarten nicht mehr angefertigt werden können. Stimmt. Nur sind wir solchen Versicherungen der Unternehmer gegenüber sehr ungläubig geworden; die gemachten Erfahrungen brachten uns so weit. Auch die Versicherungen der Unternehmer in Bezug auf ihre Bemühungen zur Besserung der Arbeitsbedingungen sind mit der gebührenden Vorsicht aufzunehmen. Wenn sich aber die Herren bemühen, so wollen sie doch nicht etwa glauben machen, daß es aus purer Gutherzigkeit geschah. Alles, was die Unternehmer taten, geschah deswegen, weil der Textilarbeiterverband ein mächtvoller Faktor geworden ist, mit dem die Unternehmer rechnen müssen. Wenn daher auch die verhassten Führer der Arbeiter von den Unternehmern nicht zu den Verhandlungen hinzugezogen wurden, so verdanken das unkräftig die Arbeiter auch das allergeringste Zugeständnis nur ihrer Organisation. Der Verband wird mit aller Kraft von den Unternehmern gehaßt. Dem Verbands gilt der Kampf. Drohend rufen die Herren Baum und Reinhold als Wortführer der Gruppe Meerane-Glauchau des Verbandes Sächsisch-Thüringischer Weberbetriebe aus: „Es wäre gut, wenn die Arbeiter endlich einmal einsehen lernten, daß die Zeiten vorüber sind, in denen sie den bisher unorganisierten Fabrikanten ihre Forderungen diktieren konnten.“

Die Arbeiter haben bisher nicht Forderungen diktieren wollen, sondern haben durch friedliche Verhandlungen mit den Unternehmern von Organisation zu Organisation als gleichberechtigte Faktoren Verständigung gesucht. Das lehnen die Unternehmer ab. Nun wollen sie auch noch den Verband der Arbeiter zerstückeln, um der Arbeiterschaft vollends den Fuß auf den Nacken zu setzen, die Löhne nach Belieben festsetzen oder bürden zu können.

Das wird ihnen aber nicht gelingen; die ganze Textilarbeiterschaft, auch soweit sie nicht dem Verbands angehört, steht hinter denselben. Sie weiß, daß die Lohnrückereiten kein Ende mehr finden würden, wenn der Verband niedergebungen wäre. Die Arbeiter haben das Spiel der Unternehmer erkannt. Sie wissen, daß die Fabrikanten den Verband nur bekämpfen, um ungehindert einen Raubzug auf ihre (der Arbeiter) Taschen unternemen zu können.

Die 20 000 Männer und Frauen, einmal in den Kampf gedrängt, werden denselben siegreich zu bestehen wissen, weil

dies das beste Mittel ist, späteren, noch schlimmeren Kämpfen vorzubeugen.

Das Bewußtsein, für eine gerechte und gegen eine ungerichte Sache zu kämpfen, verleiht ihnen Kraft, Mut und Ausdauer, aber auch die kühle, überlegene Ruhe, die sie davor bewahrt, sich zu Exzessen verleiten zu lassen, die dem Kampfe ein jähes Ende bereiten könnten, bevor er zu einer für sie günstigen Entscheidung geführt hätte.

In den Weberbetrieben und an den Platanen in allen Aussperrungsorten wurden am Sonnabend nachmittag Bekanntmachungen folgenden Inhalts angeschlagen:

„Der Verband der Sächsisch-Thüringischer Weberbetriebe hat beschlossen, daß die sämtlichen Weberbetriebe am Montag den 6. November wieder geöffnet werden sollen. — in der Voraussetzung, daß sich bald genügend Arbeitswillige finden werden. Sollte letzteres nicht eintreten, so sollen die Betriebe am 11. November erneut geschlossen werden.“

Dieser Anschlag widerlegt besser als alles andere den im Laufe der Woche von der Fabrikantenpresse verbreiteten Schwundel von der „großen Anzahl von Arbeitswilligen“, die sich bisher gemeldet haben sollten.

Am Montag fanden aus diesem Anlaß, weil auch schon vorher dieser Tag als Entscheidungstag anzusehen war, an allen für die Aussperrung in Frage kommenden Orten massenhafte Besuche Verlammsungen statt.

In Glauchau und Meerane, also in dem Gebiete, in dem überhaupt keine Forderungen gestellt worden waren, dessen Arbeiter aber dennoch ausgesperrt wurden, beschloß man, am Mittwoch den 8. November die Arbeit in vollem Umfange wieder aufzunehmen, wenn die Androhung der erneuten Aussperrung zurückgenommen würde.

Von der Ortsgruppe Meerane des Weberverbandes ist den Arbeiterschuttmittgliedern folgender Bescheid zugegangen:

„Wir sind nicht in der Lage, den Wünschen in Ihrer Resolution zu entsprechen, da wir an die Beschlüsse der Hauptversammlung des Verbandes Sächsisch-Thüringischer Weberbetriebe gebunden sind.“

Etwas anderes haben die Aussperrten nicht erwartet. So tobt denn der Kampf selbst in diesem Gebiete, in dem keine Forderungen gestellt worden waren, weiter.

Wir lassen nun die Berichte aus den einzelnen Orten folgen:

Gera. Hier hatten sich die Fabrikanten zur „Feier des Tages“ zur Begrüßung der ihnen vorgelagerten „großen Zahl“ von Arbeitswilligen auffallend früh in den Betrieben eingefunden und an den Eingängen Posto gefaßt. Sie haben lange Gesichter gemacht. Obwohl die Fabrikantenorgane ganze Fuder von Schmutz auf die „Hezer und Wühler“ abgeladen und fortgesetzt zum Streikbruch aufgereizt haben, wurden von circa 3000 von der Aussperrung betroffenen Webern und Weberinnen nur ganze 244 Arbeitswillige gezählt!

Und wie haben selbst die Fabrikanten um Arbeitswillige förmlich gebettelt. Einzelne Fabrikanten schickten den Arbeitern Boten in die Wohnungen und ließen um Wiederaufnahme der Arbeit ersuchen. Wieder andere schickten den Arbeitern Briefe folgenden Inhalts:

„Am Montag den 6. d. werden die hiesigen Weberbetriebe wieder geöffnet und ersuchen wir Sie daher, da Sie sich bereit erklärt haben, zu dem neuen Tarif zu arbeiten, sich Montag früh möglichst zeitig zur Arbeit einzufinden.“

Natürlich erhielten diese Briefe auch diejenigen, die sich nicht gemeldet haben, denn die Zahl der „Gemeldeten“ war eben verschwindend gering. Und das Resultat?

Wie gesagt 244 Arbeitswillige.
B. Ronneburg. Hier sind von 900 Aussperrten 36 Arbeitswillige in fünf Betrieben zu verzeichnen. Die Versammlung am Sonntag vormittag, in der S t e n e r - Meerane referierte, war außerordentlich stark besucht. Alle versprochen, im Kampfe auszuharren.

Greiz. Die Zahl der Arbeitswilligen ist bei weitem nicht so groß, als die Fabrikanten behauptet und erwartet haben. Es sind nur einige Hundert „eingefahren“. Die Stimmung der Aussperrten ist die beste.

Vangerberg. Die Zahl der Arbeitswilligen betrug fünf. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heute Montag im „Kaiserhof“ verammelten Streikenden erklären erneut, geschlossen im Kampfe zu verharren. Die Verammelten sind bereit, den Kampf bis zum endlichen Siege zu führen.“

Aus **Mglaun, Reichenbach** und **Reichenbach i. B.** wird summarisch berichtet, daß die am Montag angetretenen Streikbrecher nicht gestattet, die Betriebe in Gang zu setzen.

Gera. Der Anschlag, daß wenn bis zum 11. November sich nicht genug arbeitswillige Weber finden, um die Betriebe

wieder in Gang zu setzen, die Färberei- und Appreturarbeit am 11. November laut Beschluss ausgespart werden sollen, hat die Presse der Firmen Hirsch, Hübsch, Klein, Homann und Schloß in Gera veranlaßt, die Arbeit am Montag sofort zu verlassen. 60 Presser kamen dabei in Betracht; andere wollten folgen.

Eine Erinnerung.

Die Aussperrung, durch welche Tausende von Kolleginnen und Kollegen in Sachsen und Thüringen aufs Pfaster gesetzt wurden, erinnert mich an die Aussperrung in Gera im Jahre 1890.

Damals handelte es sich um die Einführung einer neuen Fabrikordnung. Allem Anschein nach mochte den Herren Weberbesitzern der Beschluß des Pariser Kongresses, daß am 1. Mai für den Zehnstundentag demonstriert werden solle, in den Knochen liegen, denn hauptsächlich war es der Zwölftundentag, auf welchen die Weberarbeiter durch die Unterzeichnung der Fabrikordnung festgelegt werden sollten, während eine Bestimmung, wonach unbefugtes Verlassen der Arbeit den Verlust der in Gera beliebigen Kautions zur Folge haben sollte, offenbar gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai gerichtet war.

Da die Arbeitererschaft der Weberereien diese famose Fabrikordnung nicht unterschrieb, erfolgte die achtstägige Kündigungsfrist in sämtlichen, dem Unternehmerverband angehörigen Weberereien, jedoch etwa 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgespart wurden.

Die Aussperrten stellten nun ihrerseits Forderungen (zehnstündige Arbeitszeit und Lohnerhöhung).

Nach mehrwöchigem Ausstände traten die Textilarbeiter in Greiz und den Textilindustriestädten des sächsischen Vogtlandes in einen Sympathiestreik, jedoch die Zahl der Ausständigen mehr als 10000 betrug. Nach etwa vierwöchigem Ausstehen beschloßen die Aussperrten in Gera bedingungslos die Aufnahme der Arbeit. Die Erwägungen, von denen dieselben damals ausgingen, zeigen, daß der Arbeitererschaft das Interesse der Gesamtheit über das eigene Interesse ging. Sie beschränkten nämlich, daß bei längerer Dauer der Aussperrung das ganze Land ruiniert werden könne, dessen wirtschaftliche Existenz hauptsächlich von der Textilindustrie abhing, indem diese Industrie lahmgelegt werden könnte, wenn die Kaufleute zur Deckung ihres Warenbedarfs die Konkurrenzlandschaft des Auslandes aufsuchen würden.

Man sieht, die „vaterlandslosen Gesellen“ von damals hatten mehr Patriotismus im Leibe als die heutigen Textilindustriellen, die in ihrem Herrscherbündel den blauen Teufel danach fragen, ob die ganze Bevölkerung zu Grunde geht. Heute ist die Reibe, patriotisch zu handeln, an den Unternehmern, und es wird sich zeigen, wieviel Prozente ihr Patriotismus wert ist. Vorläufig stützen sich die Herren auf ihre Macht. Wahrscheinlich wollen sie die Taktik probieren, welche ihnen ihr Anwalt empfohlen hat: „Jeden Ausstand auf eine breite Basis zu stellen“, indem sie bei jeder Forderung der Arbeiter zur Massenausperrung greifen.

Aber auch die Arbeiter sind heute gerüstet. Sie wissen, daß sie wenig zu verlieren haben und nur durch tapferes Aushalten siegen können. Sie wissen aber auch, daß alle Vernünftigen und Gerechten auf ihrer Seite stehen und ihren Sieg wünschen, was auch der Gefertigte von Herzen tut.

Mit kollegialem Gruß! A. Behr.

Mitteilungen aus Fachreisen.

Bohult i. W. (Zur Zehnstundentag-Bewegung.) Es ist unseren Mitgliedern wohl bekannt, daß von Seiten des Christlichen Textilarbeiter-Verbandes am 28. v. Mts. hier selbst eine gut besuchte öffentliche Versammlung tagte, zwecks Stellungnahme zur Einführung des zehnstündigen Arbeitstages in den hiesigen Textilbetrieben. Die Versammlung nahm eine Resolution an, wonach die Fabrik-Ausschüsse beauftragt werden, namens der Organisation die nötigen Schritte einzuleiten. Es bleibt nun abzuwarten, ob von jener Seite nun auch wohl energisch zu der so brennend gewordenen Frage Stellung genommen wird. Es ist für uns wohl selbstverständlich und ist auch in unseren engeren Kreisen in letzter Zeit lebhaft besprochen worden, daß es unserer Mitglieder heiligste Pflicht ist, überall dort, wo unsere Mitglieder in Frage kommen, eine diesbezügliche energische Agitation nach dieser Richtung hin zu entfalten. Wie wir hören, hat sich schon eine Firma bereit erklärt, sofort den Zehnstundentag einzuführen, und stellt es den bei ihr beschäftigten Arbeitern anheim, darüber, wann die Arbeitszeit beginnen und enden soll, Vorschläge zu machen. Wir glauben nicht, daß die hiesigen Unternehmer sich dieser Frage im allgemeinen ablehnend gegenüberstellen werden, umso weniger, da es doch schon eine Anzahl Fabrikanten gibt, welche den zehnstündigen Arbeitstag schon vor längerer Zeit eingeführt haben. Wenn es hier und da noch Fabrikanten gibt, welche es selbstverständlich finden, je nach flakter Konjunktur die Arbeitszeit bis auf 13 Stunden täglich hinauszuschrauben, wie bei der Firma Koch u. Sohn hier selbst, so darf hierbei nicht außer acht gelassen werden, daß es die Arbeiter selbst sind, welche gegen solche Zustände nicht energisch ankämpfen. Die Konjunktur ist im allgemeinen eine solche, daß man mit dieser geringfügigen Forderung keinen Augenblick mehr zurückhalten darf, sondern mit aller Energie zwecks Einführung des Zehnstundentages dem Unternehmertum auf den Leib rücken muß. Selbstverständlich muß gleichzeitig eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Lohnerhöhung in Betracht der schier unerhörlichen Fleißpreise eintreten. Dem Unternehmertum wird es wohl ein leichtes sein, diese mächtigen Forderungen zu bewilligen, umso mehr, als von Seiten der hiesigen Arbeiterschaft bisher noch keine nennenswerten Forderungen an das Unternehmertum gestellt worden sind und unsere Kollegen in den Nachbarstädten Ebersfeld-Barmen, M.-Glabbach, Krefeld usw. zum allergrößten Teile ohne besondere Kämpfe den Zehnstundentag bereits errungen haben. Wir freien Gewerkschafter richten an unsere Mitglieder den dringenden Appell, unsere Versammlungen recht zahlreich zu besuchen, damit wir über derartige Angelegenheiten, welche für die Gesamtheit in Frage kommen, in ausgiebiger Weise beraten können. Kollegen, wir haben nun die Versammlungen derartiger Art verlegt, daß es wohl einem jeden möglich ist, zu erscheinen. Wir haben die traurige Erfahrung gemacht, daß von 80 Mitgliedern es ein ganzes Dutzend für nötig hielt, in der letzten Versammlung zu erscheinen. Wie unsere Mitglieder wissen, soll auch hier ein Gewerkschaftsartikel gegründet werden. Die nötigen Schritte sind bereits eingeleitet. Wir wollen hoffen, daß unsere Mitglieder mit aller Kraft agieren, daß wir freie Gewerkschafter hier eine Stellung einnehmen können, die für die hiesige Arbeiterschaft als angemessen erscheint. Zum Schluß wollen wir nicht veräumen, unseren Mitgliedern zur Pflicht zu machen, unseren Lokalhaber besser als bisher zu unterstützen. Wir dürfen nicht vergessen, daß B. Künnle der einzige ist, welcher allen Gegnern trotz der Stürme geboten hat, und müssen es aus diesem Grunde für unsere verdammte Pflicht erachten, nur bei

ihm unsere Gelder zu verzehren. Wir wollen an dieser Stelle nochmals darauf hinweisen, daß wir in aller nächster Zeit noch eine öffentliche Versammlung arrangieren werden, welche zu der Frage des Zehnstundentages Stellung nehmen soll.

Blaichach im Uigau. Reges gewerkschaftliches Leben hat in unserem sonst so stillen Blaichach Platz gegriffen. Am Sonnabend den 28. Oktober referierte in einer sehr stark besuchten Versammlung im „Grünen Baum“ Kollege Brüggemann über die neue Kampfer gewonnen wurde und wir froh und zuversichtlich in die Zukunft blicken können. Ein „Bravo!“ den Blaichacher Kollegen, welche so schnell den Vorteil einer Organisation erkannt haben und nun mit großem Eifer an dem begonnenen Werke weiterarbeiten. Noch voller Begeisterung von dem Vortrage des Kollegen Brüggemann schickte man sich schon am 29. Oktober wieder an, eine öffentliche Versammlung zu besuchen, welche von den Christlichen in den „Reichsadler“ einberufen war. Es referierte dort der den Blaichachern nun satfam bekannte Herr Striedl aus Augsburg. Von unserer Seite war Kollege Uebele aus Kempten erschienen. Es lohnt sich wohl der Mühe, auf diese unchristliche Versammlung etwas näher einzugehen. Die Tagesordnung lautete: 1. Die Notwendigkeit der Organisation. 2. Freie Diskussion. Das Wort wurde sofort Herrn Striedl erteilt, welcher sofort erkennen ließ, daß er sich sehr wenig eignet, in öffentlichen Versammlungen zu referieren. Die Notwendigkeit der Organisation ist wohl ein Thema, für das man, ohne den Gehirnkasten zu sehr anstrengen zu müssen, wenigstens ein Stündlein Zeit braucht. Aber Herr Striedl dachte sich wohl, Kollege Brüggemann werde den Blaichachern die nötige Aufklärung beigebracht haben, und er benutzte die Gelegenheit, um in knapp einer halben Stunde den Deutschen Textilarbeiterverband tot zu reden. Kein Wort von der gegenwärtigen ernsten Lage, in der wir Textilarbeiter uns befinden, kein Wort von einer kürzeren Arbeitszeit, kein Wort von den Riesenkämpfen, die in letzter Zeit geführt werden mußten; nur Krieg bis aufs Messer dem „sozialdemokratischen“ Textilarbeiterverband, wie ihn Striedl nannte. Ja, das Messer spielte in dieser Versammlung eine große Rolle. Rief doch Striedl aus Leibesträften: „Seht diese ruchlosen sozialdemokratischen Textilarbeiter! Bei einer Versammlung während des Streiks bei Raff & Söhne in Pforzheim, da wollten sie mich mit dem Messer totstechen, aber zum Glück haben sie einen anderen getroffen!“ (Ja, das war ein Glück, denn wenn Herr Striedl totgeschossen worden wäre, wären wir um einen Genossen gekommen.) Die freien Gewerkschaften werden die von den Arbeitern gezahlten Groschen der Sozialdemokratie in den Schoß, damit diese ihre hergekauften Juden in den Reichstag schicken kann. Bei Antritt des Gewerbe-Inspektors in Küssen hätten die Deutschen Kollegen gestanden und schmählichen Verrat an den Christlichen geübt.

In diesem Tone fuhr Herr Striedl fort, bis er seine gesammelten Märchen vorgebracht hatte. Ein paar Mann klatschten ihm dafür auch Beifall.

Dann legten die Christlichen die Redezeit der Diskussionsredner auf 10 resp. 5 Minuten fest. Kollege Uebele protestierte gegen eine derartige Handhabung der Geschäftsordnung, da er längere Zeit brauche, um die Angriffe Striedls zurückzuweisen. Aber vergebens. Sodann führte er in sehr ruhigem, sachlichem Tone den Anwesenden den Wert der Organisation vor Augen und stellte die Lebenshaltung der Arbeiter und Arbeiterinnen in das richtige Licht. Die Christlichen hatten Nachsicht und gewährten ihm weitere 10 Min., welche er denn auch dazu benutzte, um die Angriffe zurückzuweisen und das Märchen über das rote Gespenst gründlich zu zerstreuen. Ueber das „Attentat“ auf das Leben Striedls werden wohl die Augsburger Ausschüsse geben. Dem Kollegen Kubele, der in jener Versammlung in Pforzheim selbst anwesend war, war davon nichts bekannt. Daß Kollege Kubele allen Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte, bewies die Stille, die während seiner Ausführungen herrschte und die sich am Schluß in stürmischen Beifall verwandelte. Als zweiter Diskussionsredner trat unser Kollege Graf-Sonthofen auf, ebenfalls die Angriffe Striedls zurückweisend. Niemand konnte ihm nachweisen, daß seine Familie unchristlich wäre, aber dessenungeachtet: Hoch die freien Gewerkschaften! Nachdem noch ein paar Christliche gesprochen hatten, von denen nur einer wirklich sachlich sprach und zu gemeinsamem Arbeiten aufforderte, und die Kollegen Kubele und Graf wiederholt ihre Gewerkschaft verteidigt hatten, erhielt Herr Striedl das Schlusswort. Anstatt seinem christlichen Vordredner, dessen Name uns leider nicht bekannt ist, zu folgen, und das Hehen und Verleumdungen einzustellen, wollte er sein Schlusswort dazu benutzen, um eine Flut von Schimpfwörtern über den nicht anwesenden Kollegen Brüggemann auszustoßen. Kollege Kubele unterbrach den Referenten und protestierte gegen das Verhalten Striedls, der sich nicht schäme, einen nicht anwesenden Gegner in der öffentlichen Meinung herunterzusetzen. Da sich der Beifall, der diesem Protest folgte, nicht mehr legen wollte, blieben die Ausführungen, die Striedl noch machen sollte, unverständlich. So endete die erste christliche Versammlung in Blaichach mit einer moralischen Verurteilung der Christlichen, und der Herr Striedl wird sich sein Auftreten in Blaichach noch lange merken.

Sofort nach der Christlichen-Versammlung versammelten sich die Kollegen unserer Organisation von Blaichach, Bergshofen, Sonthofen, Obersdorf und Immenstadt im „Grünen Baum“. Kollege Kubele hielt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Die Kampfweise der Christlichen“. Auch wurde noch bekannt gemacht, daß in der Spinnerei und Weberei in Blaichach die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit ab 2. Januar 1906 bereits angeschlagen sei. Verurteilt wurde entschieden, daß man die Arbeiter über die Einleitung der Arbeitszeit nicht befragen will und daß der Herr Direktor die Worte geäußert haben soll: „Jetzt haben die Arbeiter endlich den Zehnstundentag, aber auf eine Lohnerhöhung können sie warten.“ Ferner habe er geäußert, den im Tagelohn Beschäftigten die Stunde noch abzuteilen zu wollen. — Arbeiter und Arbeiterinnen Blaichachs! Die Augen auf! Hinein in den Deutschen Textilarbeiterverband, wenn ihr nicht wollt, daß eure kümmerlichen Löhne noch weiter heruntergedrückt werden! Ferner wollen wir an dieser Stelle noch besonders auf die Generalkonferenz, die in Blaichach stattfinden wird und zu welcher die Mitglieder aller genannten Orte sich einzufinden haben, aufmerksam machen mit der Bitte, vollständig zu erscheinen und der Organisation wieder neue Kämpfer zuzuführen.

Dülken. Am 29. Oktober feierten die hiesigen freigeorganierten Arbeiter (die Filialen der Textilarbeiter und Metallarbeiter) in den Räumen der „Germania“ ihr diesjähriges Stiftungsfest. Ueber 1000 Personen waren anwesend. Die Mitglieder des Arbeiter-Gesangsvereins „Sonnung“ aus Bieren waren vollständig erschienen und pflanzten unter dem Beifall der Anwesenden ihr Vereins- und Freiheits-Banner auf der Bühne des Saales auf. Die Leistungen des Vereins, unter Leitung seines Dirigenten Herrn Stead aus Krefeld, fanden den ihnen gebührenden Beifall. Auch die Leistungen des Humoristen Kühn waren vortreffliche, und verstand es derselbe, die Lachmuskeln der Zuhörer in Bewegung zu halten. Gegen 7 1/2 Uhr beehrte uns unser Gaubeamter Wilhelm Reimes aus Krefeld mit

einer gutdurchdachten Feiertrede. Daß er den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte, bewies der langanhaltende, stürmische Beifall am Schluß seiner Ausführungen. Nachdem nun der Gesangsverein noch einige Lieder und der Humorist Kühn noch einige Couplets zum besten gegeben hatte, hielt ein geschlossener Festball die Teilnehmer noch bis in die vierte Morgenstunde zusammen. Die freigeorganierten Arbeiter haben hier ein Fest gefeiert, von dem noch lange gesprochen werden und das unseren Gegnern noch lange im Magen liegen wird. — Von unseren Gegnern wurde alles versucht, uns das Lokal für dieses Fest abzutreiben. Mit dem ersten Lokal, welches wir für diesen Zweck gemietet hatten (Alfons Josten), war es ihnen auch gelungen.

Frankenberg. Nach langer Zeit müssen wir uns an dieser Stelle auch wieder einmal mit der Firma Schmidt u. Pflüger beschäftigen. Den meisten hiesigen Kollegen wird schon bekannt sein, daß betreffende Firma den Vorstehenden unserer Filiale gemahregelt hat. Ueber den Grund können aber nun die Anwesenden geteilt sein. Der Kollege war zugleich auch Mitglied des Arbeiterausschusses. Die Sache selbst verhält sich folgendermaßen: Vor circa drei Wochen wurde den Seidenwicklerinnen eine Lohnreduktion von 16—20 Proz. angekündigt. Daraufhin große Empörung unter den Wicklern, welche auch sofort eine Liste herumgehen ließen, worin sie um Zurücknahme der Reduktion baten, andernfalls wollten sie alle zusammen aufhören. Die Liste wurde mit Ausnahme einer von sämtlichen Wicklerinnen unterschrieben und dem Arbeiterausschuß überreicht, welcher dieselbe denn auch sofort zum Chef brachte. Nach Durchlesen derselben erklärte der Chef, daß der Ausschuss am andern Tage Nachricht bekommen solle. Es wurde denn auch am andern Tag früh ein Zettel angeliefert, worin den Seidenwicklerinnen der alte Lohn zugesprochen wurde. Der Ausschuss wurde um 9 Uhr zu den Chefs bestellt, wo sich ungefähr folgendes Gespräch entspann: „Meine Herren, wie Sie wohl schon erfahren haben, hat sich die Sache erledigt; es war nur ein Mißverständnis. Die Reduktion hat Herr Lautenhahn auf eigene Hand vorgenommen.“ (Herr Lautenhahn hat die Aussicht über die Wicklerinnen.) Diese Ansprache reizte die Ausschussmitglieder zum Lächeln, was der Direktor zu bemerken schien, denn er erklärte daraufhin sehr ernst: „Sie können es glauben, ich habe selbst nichts davon gewußt.“ Für den Herrn Direktor war die Hauptsache, daß die Reduktion zurückgenommen wurde. Sonnabend darauf stand nun im Lohnbuche unseres Kollegen: „Nächsten Sonnabend aufhören.“ Der Kollege fragte nun am Montag den Direktor nach dem Grunde der Kündigung, worauf derselbe angab: „Es paßt uns nicht mehr, Ihre Wilderei in und außer der Fabrik.“ Das ist deutlich. Da man nun sieht, daß der Ausschuss hinausfliegt, wenn er die Interessen der Arbeiter vertritt, so können wir den Arbeitern der Firma nur raten, sich zu organisieren, denn das Amt eines Ausschussmitgliedes ist laut Fabrikordnung jeder zu übernehmen verpflichtet. Nun noch etwas anderes. Es wurde in der Fabrik die Vichtleitung neu gelegt und die Arbeiter mußten an einer Stelle stets in den Pausen oder nach Feierabend gemacht werden, damit die Arbeiter nicht mit der Transmission in Berührung kämen. So auch wieder an einem Tag zum Frühstück, wo sich die betreffenden Arbeiter auf die Transmission gestellt hatten, um die Leitung in der Hand fest zu machen. Der Feuermann ließ nun die Maschine wie gewöhnlich laufen und die Arbeiter mußten von den sich in Bewegung befindlichen Seilen herunterspringen. Wie schlecht das ging, bewies, daß einer dabei sich den Fuß verbrannte und mehrere Tage krank zu Hause war. Wäre es nicht möglich, in dem Saale mit gangbarem Zeug eine Klingel anzubringen? Vielleicht ordnet das Gewerbeinspektat einmal an. Dann ist auch die Garderobe nicht so, wie sie sein könnte. Die Karten könnten wohl auch an einem anderen Orte lagern und ausgebessert werden. Arbeiter, denkt an Gera, Glauchau, Meerane, Crimmitschau! Es bleibt euch wirklich nichts anderes mehr übrig als der Verband. Drum alle hinein! Hoch der Verband!

Gütersloh. Eine öffentliche Textilarbeiterversammlung tagte am 30. Oktober im Saale des Herrn Lummerzheim. Auf der Tagesordnung stand die Mahreglung eines Kollegen seitens der Firma Greve & Güth. Den Bericht darüber gab zunächst der Vorsitzende der hiesigen Zastelle des Verbandes Deutscher Textilarbeiter und Arbeiterinnen, Kollege Steinmüller. Die Mahreglung ist erfolgt, weil der Kollege das Verhalten der von den Arbeitern gewählten Kommission, die sich mit einer Verlängerung der Arbeitszeit einverstanden erklärt hatte, scharf kritisiert habe. Es erhielt dann das Wort Redakteur Hoffmann-Bielefeld, welcher an dem vorliegenden Fall zeigte, wie der Unternehmer sich hier, wo die Organisation der Arbeiter leider noch sehr schwach sei, als Herr des Arbeiters vorkomme. Eine Mahreglung liege ganz ungewisselt vor. Das werde schon bewiesen durch die anfängliche Weigerung der Firma, überhaupt ein Zeugnis auszustellen. Dann wurde in das Zeugnis geschrieben, daß der Arbeiter, wenn er will, ein gutes Stück Arbeit verrichten kann, und erst auf weiteren Protest wurde noch der Schlußsatz angefügt. Das so zu stande gekommenes Zeugnis lautet:

Wir bescheinigen hiermit, daß der Weber ... vom 4. Dezember 1901 bis zum 28. Oktober 1905 bei uns in Arbeit gestanden hat und während dieser Zeit der Fabrikfrankentasse angehört hat.

Derselbe ist im Stande, wenn er will, ein gutes Stück Arbeit zu liefern. Derselbe hat der Arbeitsordnung gemäß gearbeitet.

Gütersloh, 28. 10. 1905. Greve & Güth.

Spricht nicht aus dieser Handlungsweise sowie aus dem Zeugnis selbst das Herdenbewußtsein des Unternehmers? Und der Unternehmer hat ganz recht, denn unorganisierten Arbeitern gegenüber darf er sich dies herausnehmen. Im vorliegenden Falle müßte, wenn die Mahreglungen nicht ihren Fortgang nehmen sollten, eine kräftige Antwort seitens der Arbeiter erteilt werden, und diese Antwort könne nur sein, daß alle der Organisation fernstehenden Arbeiter zunächst bei der Firma Greve & Güth, dann aber auch bei den übrigen Firmen der Organisation beitreten. (Beifall.)

Bangerfeld. In unserer am 14. Oktober abgehaltenen Monatsversammlung referierte Kollege Dettler den Kasienbericht vom zweiten und dritten Quartal. Als Bibliothekar wurde Kollege Giese, als Schriftführer Kollege Grimm gewählt. Im Verchiedenen gab Kollege Weber bekannt, daß am 8. Oktober eine Konferenz stattgefunden habe, welche sich mit den Spinnereiverhältnissen in Thüringen beschäftigte. Leider hätten wir keinen Delegierten entsenden können, weil wir die letzte Versammlung infolge zu schwachen Besuches nicht hätten abhalten können. Es wurde von verschiedenen Seiten angeregt, in nächster Zeit eine Agitation unter den hiesigen Spinnereiarbeitern durchzuführen. Kollege Weber wurde beauftragt, in nächster Woche eine Fabrikerversammlung der Weichseln-Spinnerer einzuberufen.

Bangerfeld. Am Sonntag, den 22. Oktober tagte im Böhleschen Lokale hier selbst eine öffentliche Textilarbeiterversammlung, in welcher Genosse Kruge-Barmen über das Thema: „Die sozialen Verhältnisse unserer Zeit“ referierte.

Nebner entledigte sich seiner Aufgabe in ausgezeichneter Weise, was auch der Beifall am Schlusse seiner Ausführungen bewies. Im Laufe der Diskussion wurden die letzten Vorkommnisse in der Riemendreherei der Welfirma Wb. u. E. Hentfels einer Kritik unterzogen. Dort ist nämlich drei Arbeitern aus nicht-sagenden Gründen gekündigt worden. Zwei davon hatten zusammen — gesprochen, und einer hatte auf einen Moment seine Maschinen verlassen. Bis vor einigen Jahren herrschten dort gute Verhältnisse zwischen der Prinzipalität und der Arbeiterschaft. Dieselben haben sich aber sehr geändert. Mit dem Eintritt der „Hungen“ Herren ins Geschäft und mit der anderweitigen Besetzung einiger sogenannter „Beamtenstellen“, deren Inhaber von Christlichkeit trafen, ist die Sache anders geworden. Vor drei Wochen waren die Arbeiter vorstellig geworden wegen Regelung einiger Angelegenheiten in der Fabrik. Zwei von den jetzt gekündigten waren die Wortführer der Kommission, welche der Prinzipalität resp. den „christlichen“ Vertretern der Firma die Wünsche der Arbeiterschaft vorbrachten. Einer ist 20, der andere 6 und der dritte Arbeiter bereits 22 Jahre daselbst beschäftigt. Die Hauptforderungen wurden aber rundweg abgelehnt. Daraufhin, wie schon bemerkt, wurde den Aufwiegleren gekündigt, und jetzt, nachdem sie hinausgemorfen, ist die Forderung bewilligt worden. Welch ein Lohn in dieser Handlungsweise liegt, begreift wohl ein jeder. Außerdem spielte ein anonymes Brief, welcher angenommen sein sollte, eine große Rolle. In diesem Briefe sollen nämlich mehrere Meister wegen „Faulheit“ u. s. w. denunziert worden sein. Einem von den gekündigten wurde auch von den frommen Vertretern auf den Kopf zugesagt, daß er der Briefschreiber sei. Dieser Arbeiter verstand aber keinen Spaß und zwang die Firma, diese Beleidigung öffentlich durch Anschlag in den Fabrikräumen wieder zurückzunehmen. Durch die Nachbewilligung der Forderungen ist die Erregung unter der Arbeiterschaft vorläufig gedämpft worden. Es ist aber ein trauriges Zeichen, daß man das konstatieren muß. Wären die Arbeiter dieses Betriebes besser organisiert, so würde sich die Firma jedenfalls hüten, so mit ihnen zu spielen. Hoffentlich tragen die Vorkommnisse dazu bei, daß sich die Arbeiter eines Besseren besinnen und dem Deutschen Textilarbeiterverband als Mitglieder beitreten.

Eberfeld. Am Samstag den 21. Oktober hielt die hiesige Filiale im „Vollshaus“ ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Der Geschäftsführer Steinbrink gab die Abrechnung vom 3. Quartal. Einer Gesamteinnahme von 12034,84 Mk. stand eine Ausgabe von 6667,49 Mk. gegenüber und verblieb ein Kasseebestand von 6987,35 Mk. Auf Antrag der Revisionen wurde dem Geschäftsführer einstimmig Entlastung erteilt. Dann sprach über „Gewerkschaften und Kommunalwahlen“ Parteisekretär H. Faure. Nebner verstand es in ausgezeichnete Weise, die Anwesenden von dem hohen Interesse zu überzeugen, das das arbeitende Volk an der Kommunalpolitik hat. Nachher Beifall sollte die Versammlung dem Nebner für den lehrreichen Vortrag. Da am 13., 14. und 15. November die Stadtverordnetenwahlen stattfinden und unter den aufgestellten Kandidaten sich unser Verbandskollege Joh. Schönehöfer befindet, ist es Pflicht der Textilarbeiter Eberfelds wie der anderen Gewerkschaften, alles daran zu setzen, daß endlich auch im hiesigen Stadtparlament die Vertreter der Arbeiterbevölkerung ihren Einzug halten. — Die Organisationskommission legte der Versammlung einen Entwurf vor, nach dem die Filiale ihre innere Organisation ausbauen soll. Die Versammlung beschloß, den Entwurf zunächst im Verbandsorgan zu veröffentlichen und dann in der nächsten Versammlung über ihn zu diskutieren. — Unter „Verschiedenes“ gaben verschiedene Kollegen aus dem Färbereibetrieb ihren Unwillen darüber Ausdruck, daß nicht nach dem Streik bei Vangenberg auf der ganzen Linie vorgegangen wurde. Als hierauf der Geschäftsführer der Versammlung klarlegte, aus welchen Gründen vorläufig dies nicht geschehen sei, machten einige Mitglieder so viel Krach, daß der Vorsitzende die Kollegen ermahnte, den Nebner anzuhören und auszusprechen zu lassen. Nebner besorgte die Kollegen die Mahnung nicht, worauf der Vorsitzende kurzerhand die Versammlung schloß. Regu faktio für die Vertreter, Vertrauensleute und Fabrikzuschüsse in der Filiale Eberfeld.

§ 1. Die Filiale ist in acht Bezirke eingeteilt und in folgende Branche unterteilt: a) Bandwirter, Posamentierer und Riemendreherei; b) Fabrikarbeiter; c) Färber; d) Weber und Weberinnen; e) sonstige kleine Branchen.

§ 2. Jeder Bezirk wählt 4, jede Branche 6 Vertreter, kleinere Branchen je 1 Vertreter.

§ 3. a) Die Vertreter sind verpflichtet, in monatlich stattfindenden Versammlungen alle die im Statut vorgeschriebenen Verwaltungsaufgaben zu erledigen; b) die Bezirksvertreter haben in vierteljährlich stattfindenden Bezirksbesprechungen Bericht zu erstatten, die Bezirksvertreter zu unterstützen und die Agitation zu fördern; c) die Branchenvertreter haben über die in ihrer Branche vorliegenden Angelegenheiten in vierteljährlich stattfindenden Versammlungen zu berichten, sowie die Fabrikzuschuß-Sitzungen zu leiten. Wo solche nicht sind, haben sie Vertrauensleute zu ernennen und mit diesen die Agitation zu leiten und zu fördern.

§ 4. Die Bezirksvertreter sind in Bezirksversammlungen, die Branchenvertreter in Branchenversammlungen jedes Jahr neu zu wählen. Die Wahlen finden per Stimmzettel statt. Stimmmehrheit entscheidet.

§ 5. Für Vertreter, die dreimal unentschuldig fehlen, findet eine Neuwahl statt.

§ 6. Die Einteilung der Bezirke bleibt dem Vorstande und dem Geschäftsführer überlassen.

§ 7. Die Filiale ist in drei Abteilungen eingeteilt, in denen die Bezirksvertreter jeden Freitag abzurechnen haben. Die Bestimmung der Wirtschaft für die Abteilungen bleibt dem Vorstand und den Bezirksvertretern überlassen.

§ 8. Bei außerordentlichen Angelegenheiten sind der Vorstand und die Vertreterversammlung verpflichtet, dieses der Gesamtheit zu überlassen.

Lungenau. Im „Gasthof zur Goldenen Sonne“ wurde Dienstagabend eine starkbesuchte Gewerkschaftsversammlung abgehalten. Nach einem Referate des Genossen Albin Reichel-Chennitz über die Lohnhöhen bei der Firma Johann Lindemuth in Hohenkirchen wurde einstimmig beschlossen, daß der Arbeiter-Ausschuß in Verbindung mit dem Bevollmächtigten des Textilarbeiter-Verbandes, Filiale Lungenau, nochmals eine Vergleichsverhandlung nachsuchen soll. Sollte wider Erwarten dieselbe scheitern, so haben die Versammelten den in den Kampf Gedrängten versprochen, weitgehendste Sympathie zu teil werden zu lassen. Infolge der Differenzen hatten 61 Arbeiterinnen gekündigt, worauf Lindemuth sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen die Arbeit aufgabte. Die Kündigungskräfte läuft am Freitag ab.

Posamentiererbewegung.

Leipzig. Der Streik der Posamentierer dauert unverändert fort. Der Meisterverband soll seine Probe bestehen. Sogar im fernen Osten unseres Vaterlandes, in Bromberg, hat man Verständnis für die bedrängte Lage der Leipziger Posamentiermeister. Dort machte ein Prinzipal einen durchreisenden Kollegen auf die günstige Arbeitsgelegenheit aufmerksam. In Berlin erbot sich ein Herr Jäger, dem betreffenden Gehilfen das Jahrgeld zu verlegen gegen Hinterlassung seiner Papiere, die er in Leipzig wiedererhalten sollte. Außerdem haben es in der Bezirkswoche noch zwei Nach-Kollegen fertiggebracht, den Streik zu umgehen. Diese Herren kamen von auswärts und sind unseres Wissens unorganisiert. Sie heißen Bösch und Henschel. Zur Beruhigung für Interessenten sei mitgeteilt, daß drei der streikenden Kollegen vor die Staatsanwaltschaft geladen worden sind. Da die Meister Verhandlungen als zwecklos ablehnen, haben die Streitenden das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen, und wir werden sehen, wie weit die Friedenslieber Meister gehen wird oder ob sie gewillt sind, aus den jetzt

arbeitenden „Zustriedenen“ einen neuen Arbeiterstamm zu bilden.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Die Gardinen- und Spitzenweber sowie Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen der Dresdner Gardinen- und Spitzen-Manufaktur in Dresden und Döbriß befinden sich in einer Lohnbewegung, welche bisher auf friedlichem Wege geführt wurde, jedoch resultatlos. Nach Feststellung durch die Gewerkschaft herrscht in diesen Betrieben in der ganzen Gegend die längste Arbeitszeit. Die Weber arbeiten in Schichten. 1. Schicht 4—9 Uhr, 2. Schicht 9—2 Uhr, 3. Schicht 2—1/2 Uhr, 4. Schicht 1/2—1 Uhr nachts. Die Arbeitszeit der Tagarbeiter ist in Dresden seit kurzer Zeit 10 Stunden 20 Min., in der Filiale in Döbriß 11 Stunden. Gefordert wurde eine Arbeitszeit für Weber von früh 6 Uhr bis nachts 12 Uhr, für Tagarbeiter 10 Stunden. Begründet ist diese Forderung durch die Tag- und Nachtarbeit in wasserfesttaubhaltiger Luft. Der ortsüblich aufgestellte Tagelohn für Dresden ist 19 Mk. In diesen Betrieben werden jedoch Hilfsarbeiter mit 12—15 Mk. eingestellt und es fordern diese Leute eine Lohnerhöhung von 10 Prozent. Bei den Näherinnen, welche die Gardinen säumen, herrschen Mißstände, wie sie wohl einzig in Deutschland da stehen. Sie müssen das Del, Schiffschen, Messer, Schrauben und sonstige Bestandteile der Maschine von der Firma kaufen und außerdem sämtliche Reparaturen an den Nähmaschinen bezahlen, und es sind schon einzelne Reparaturen bis zu 40 Mk. vorgekommen, was den Arbeiterinnen ratenweise abgezogen wird. Da dies im Arbeitsvertrag nicht vereinbart ist, so ist dies wohl gesetzlich unzulässig. Durch das minderwertige Garn, welches in den letzten Jahren verarbeitet wurde, reduziert sich der Arbeitslohn erheblich. Bei dem öfteren Anhalten der Maschinen infolge des schlechten Garnes muß der Arbeiter seine Kräfte aufs äußerste anspannen und läßt der Gesundheitszustand der Weber viel zu wünschen übrig. Gestützt auf diese Mißstände hofften die Arbeiter durch friedlich geplante Verhandlungen Verbesserungen zu erzielen und der Erfolg war, daß mehrere Kollegen am Sonnabend, den 4. November gemäßigter wurden, wodurch ein Kampf unermesslich geworden ist. Trotz der großen Verluste der Marktsauer Filiale und durch Bauten und Neuanschaffungen war die Firma in der Lage, 12 Prozent Dividende zu verteilen, was ein Beweis ist, daß die Firma sehr wohl in der Lage wäre, die geringfügigen Forderungen zu bewilligen. Die Kollegen mögen deshalb Zugang nach Dresden und Döbriß fernhalten.

Zuschriften und Anfragen sind zu richten an Eduard Preißler, Leuben bei Dresden, Bahnhofstr. 21.

Die Zehnstundenbewegung der Leipziger Textilarbeiter ist vorläufig beendet. Nachdem die Firma Stöhr & Co. die Einführung der 10 1/2 stündigen Arbeitszeit vom 1. Januar und der zehnstündigen vom 1. Juli 1906 sowie die Einsetzung eines Arbeiterausschusses zugestanden hatte, war die Verbandsleitung beauftragt worden, wegen sofortiger Einführung der 10 1/2 stündigen Arbeitszeit, wie diese in den übrigen Leipziger Betrieben bereits bestehe, bei der Fabrikleitung vorstellig zu werden. Da die Firma sich jedoch nicht hierzu verstehen will, so erklärten die Arbeiter und Arbeiterinnen sich mit den bisherigen Zuständen bis auf weiteres einverstanden.

Achtung, Textilarbeiter! Die Firma Niemöller & Wüger in Gütersloh sucht Weber. Wegen Maßregelung unseres Bevollmächtigten des Textilarbeiterverbandes ist die Sperre über die Firma verhängt.

Die Handschuhzuschneider Wsch in Wähmen befinden sich in einer Lohnbewegung, die schon bei einer Firma — Max Eisenhammer — von Erfolg war. Die Vertreteraten erhalten zwei Kronen, die Ledigen eine Krone mehr Lohn. Bei der Firma Gebrüder Weller, die sich den Forderungen der Arbeiter gegenüber ablehnend verhält, wird es höchstwahrscheinlich zu ersten Differenzen kommen. Daher ist Zugang von Handschuhzuschneidern nach Wsch streng zu unterlassen. Die Arbeiter im Hauptgeschäft Welters in Burgstädt werden ersucht, jegliche Streikarbeit zu verweigern. Lasse sich auch niemand durch Inserate verleiten, nach Wsch zu gehen! Es herrscht dort jetzt Geschäftsflaute.

In den Wäschefabriken in Vielesfeld haben die Arbeiterinnen eine Lohnerhöhung von 10 bis 15 Pf. gefordert. Eine Firma hatte die Forderung bewilligt. Bei zwei anderen Firmen, die nicht bewilligt haben, befinden sich 75 Plätterinnen im Auslande. Einigungsverhandlungen fanden bereits statt, sie hatten aber keinen Erfolg. Die Fabrikanten haben neuerdings wieder Einigungsverhandlungen beantragt.

In Frankreich sind der Direktion der Arbeit im zweiten Quartal 1905 227 Streiks gemeldet worden. Die Zahl der an 206 Ausständen, über deren Verlauf man nähere Kenntnis bekam, beteiligt gewesen Arbeiter betrug 32 035. Die 227 Streiks, von denen 103 ein Etablisement betrafen, waren durch folgende Hauptursachen verursacht: Forderung von Lohn-erhöhungen 129, Forderung von Arbeitszeitverkürzung 34, Forderung der Wiedereinstellung entlassener Arbeiter 31, Forderung der Entlassung von Vermeistern oder Direktoren 22, Forderung der Abschaffung der Südkarbeit 11 zc. 197 Ausstände sind im zweiten Quartal mit folgenden Ergebnissen beendet worden: mit teilweiseem Erfolg 105, mit vollständigem Erfolg 99, ohne Erfolg 53.

Soziales.

Zur Frage der zehnstündigen Arbeitszeit für Arbeiterinnen in den Baumwollspinnereien hat der Ausschuss des Zentralverbandes der Industriellen folgende Resolution angenommen:

1. Der Zentralverband spricht sich mit Entschiedenheit gegen jede weitere Verkürzung der gegenwärtig zulässigen Arbeitszeit der Arbeiterinnen durch Gesetz aus, in voller Uebereinstimmung mit allen seinen Mitgliedern, insbesondere mit den Vertretern der Industrien, welche weibliche Personen in großem Umfange beschäftigen.

2. Der Zentralverband verlangt, daß dem Arbeitgeber im Hinblick auf die Erhaltung seiner Wettbewerbsfähigkeit, auf die wechselläufige Geschäftslage und auf die Eigenart seines Betriebes nach wie vor die freie Entschlebung gewahrt bleibe, in den durch die bestehenden Gesetze gezogenen Grenzen die Arbeitszeit, sowie entsprechende Löhne in seinem Betriebe zu bemessen und festzustellen.

3. Der Zentralverband hält an diesem Verlangen fest, weil auf diesem Wege im Verlauf der Zeiten die frühere lange Arbeitsdauer auf ein den gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen entsprechendes Maß zurückgeführt worden ist.

4. In der Ueberzeugung, daß dieser Vorgang sich auch weiter vollziehen wird, erneuert der Zentralverband seinen Einspruch gegen jede weitere Einschränkung der Arbeitszeit für Arbeiterinnen durch Gesetz; er hält daher an seinem von der Versammlung der Delegierten am 5. Mai d. J. gefaßten Beschlusse fest.

5. Die Stellungnahme des Zentralverbandes kann dadurch

nicht in Frage gestellt werden, daß der Kreis der Arbeitgeber sich erweitert, die aus freier Entschlebung zu einer kürzeren als der gegenwärtig zulässigen eifündigen Beschäftigung der weiblichen Personen bezw. zu der zehnstündigen Arbeitszeit überhaupt übergehen, denn der Zentralverband hat sich weder für die Beibehaltung der eifündigen, noch gegen die Einführung einer kürzeren Arbeitszeit ausgesprochen, insofern sie freiwillig von dem Arbeitgeber eingeführt wird.

Die Rückstufung auf den Profit macht die Herren Ausschüßler vom Zentralverband der Industriellen blind und taub gegen die allererheblichsten Forderungen des Volkswohls. Außerdem ist es geradezu eine Kinderlei, wenn sie sich gegen die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit sperren. Die Fabrikanten, die den Zehnstundentag eingeführt haben, müssen vielmehr wünschen, daß die übrigen Fabrikanten gezwungen werden, das gleiche zu tun. Wird die Arbeitszeit nicht gesetzlich verkürzt, so bedeutet das ganz natürlicherweise, daß die Arbeiter ihr Ziel durch Streiks erstreben müssen. Die Fabrikanten antworten dann mit Ausperrungen. Der Erfolg wechelt; einmal siegen die Arbeiter, ein andermal die Fabrikanten. In jedem Falle aber gibt es im Textilgewerbe schwere Erschütterungen, die zu vermeiden wären, wenn die Reichsregierung und der Reichstag den Mut hätten, die unausschiebbaren Reformen der Arbeitszeit im Wege der Gesetzgebung vorzunehmen.

Wir erwarten, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beim Wiederzusammentritt des Reichstages einen energischen Vorstoß nach dieser Richtung unternehmen wird.

Bekanntgaben. Aufruf

an die Textilarbeiter und -Arbeiterinnen der Lausitz!

Allerorts, in allen Gauen Deutschlands regen sich die Textilarbeiter, dem Beispiel anderer Berufe folgend, um endlich auch für die in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Nur die Textilarbeiter der Lausitz bewahrten bisher eine nahezu sträfliche Gleichgültigkeit, welche angesichts der immer schlechter werdenden Lebenshaltung der Arbeiter und Arbeiterinnen angegebene werden muß. Um zu diesen Fragen ganz energisch Stellung zu nehmen, finden in nachbenannten Orten

Öffentliche Versammlungen

statt mit folgender

Tagesordnung:

1. Der Kampf um den Zehnstundentag und der Nachweis über dessen Durchführbarkeit.
2. Stehen die Löhne der Textilarbeiter und Arbeiterinnen der Lausitz noch im Einklang mit der fortgesetzten Steigerung der Lebensmittelpreise und was fordern wir?

In Guben am Sonntag den 12. November, nachmittags 3 Uhr, bei Stein, Schöngelnerstraße.

In Forst am Montag den 13. November, abends halb 9 Uhr, im „Feldschloßchen“.

In Forst am Dienstag den 14. November, abends halb 9 Uhr, in der „Fasenhaid“ (Neustadt).

In Sommerfeld am Mittwoch den 15. November, abends halb 9 Uhr.

In Spremberg N.-L. am Donnerstag den 16. November, abends halb 9 Uhr, bei Robelt.

In Slamen am Freitag den 17. November, abends halb 9 Uhr, bei Lemke.

In Madlow am Sonnabend den 18. November, abends halb 9 Uhr, bei Gronemeter.

In Sorau am Sonntag den 19. November, abends halb 9 Uhr, in der „Flora“.

In Sachsendorf am Montag den 20. November, abends halb 9 Uhr, bei Dobring.

In Cottbus am Dienstag den 21. November, abends halb 9 Uhr, bei Kollwitz.

In Finsterwalde am Sonnabend den 25. November, abends halb 9 Uhr, im „Gesellschaftshaus“ Raundorf.

In Peiß am Sonntag den 26. November, nachmittags halb 4 Uhr, in den „Reichshallen“.

Wir fordern nunmehr die Kollegen und Kolleginnen auf, für den Besuch dieser Versammlungen rege zu agitieren, damit durch massenhaften Besuch dieser Versammlungen bewiesen wird, daß die Textilarbeiter der Lausitz gewillt ist, obige Forderungen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln durchzusetzen. Darum vorwärts, agitiert und organisiert!

Die Unter-Agitation-Kommission der Provinz Brandenburg.

Erste Gaukonferenz des Gaues Süddeutschland.

Die erste Gaukonferenz des Gaues Süddeutschland, zu dem die Landesteile Elsaß, Baden, Württemberg und die Pfalz gehören, findet am 31. Dezember 1905 und 1. Januar 1906 in Strahburg i. E. im „Vollsgarten“ (Gewerkschaftshaus) statt.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht und Bericht der Revisoren.
2. Bericht der Delegierten.
3. Unsere weitere Agitation in Süddeutschland.
 - a) Tariffbewegung.
 - b) Teilung des Gaues in kleinere Bezirke.
4. Stellungnahme zur Tagesordnung der nächsten Generalversammlung des Verbandes in Mülhausen i. Th.
5. Anträge.
6. Wahl des Gauleiters.

Anträge zu dieser Tagesordnung sind bis spätestens Montag, den 18. Dezember 1905 an den Gauleiter H. Kräbig in Mülhausen, Taubantstraße 39, einzuliefern. Laut Gau-Reglement bestehen für die Teilnahme an der Gaukonferenz nachfolgende Bestimmungen:

Neben dem Gauvorstand, welcher berechtigt ist, sich durch drei seiner Mitglieder vertreten zu lassen, und dem Gauleiter, welcher verpflichtet ist, auf der Konferenz zu erscheinen, haben Filialen oder Zahlstellen das Recht, bei mindestens 50 Mitgliedern einen Delegierten zu entsenden. Filialen bis zu 200 Mitgliedern wählen einen Delegierten, Filialen über 200 bis 1000 Mitglieder wählen zwei Delegierte.

Ortsgruppen von weniger als 50 Mitgliedern werden vom dem Gauvorstand zu Wahlbezirken zusammengefaßt und soll ein zusammengelegter Bezirk in der Regel nicht über 50 Mitglieder zählen.

Für die Einteilung der Wahlbezirke wurden die Mitgliederzahlen des III. Quartals 1905 zu Grunde gelegt. Bei dieser Gelegenheit wollen wir bemerken, daß, wenn entgegen den Bestimmungen des Gau-Reglements, wonach die Bekanntmachung der Gaukonferenz mindestens 8 Wochen vorher ausgeschrieben werden soll, die Ausschreibung nur 7 Wochen vorher erfolgt, diese Verzögerung an einer Reihe künftiger Ortsverwaltungen liegt, die, trotzdem sie schon Mitte September aufgefordert wurden, spätestens bis zum 10. Oktober die Mit-

Beilage zu Nr. 45 des Textil-Workers.

Chemnitz, Freitag den 10. November 1907.

Betriebsperre und Arbeiteraussperrung.

In neuerer Zeit kann man die Wahrnehmung machen, daß die Unternehmer fast auf jeden Streik, mag derselbe auch noch so berechtigt sein, mit der Aussperrung hundert, oft auch tausender, mitunter sogar vieler tausender Arbeiter antworten. Sie machen dabei meist keinen Unterschied zwischen solchen Arbeitern, die am Streik interessiert sind und solchen, die an ihm nicht interessiert sind, keinen Unterschied zwischen organisierten und unorganisierten Arbeitern, keinen Unterschied zwischen Arbeitern am Streikorte und solchen anderwärts, keinen Unterschied zwischen solchen, die auf die Streikenden, die durch die Aussperrung zur Aufgabe des Kampfes veranlaßt werden sollen, Einfluß ausüben können, und solchen, die auf die Haltung der Streikenden einflußlos sind, keinen Unterschied zwischen solchen Arbeitern, die Einfluß auf die Arbeiterorganisation haben, die mit der Aussperrung getroffen werden soll, und solchen, die eines bestimmenden Einflusses auf die Haltung der Arbeiterorganisation in dem Kampfe völlig ermangeln.

Solange die Unternehmer bei Durchführung solcher Aussperrungen keinen Vertragsbruch begehen, ist ihr Vorgehen gesetzlich und rechtlich einwandfrei. Um so verwerflicher ist es vom Standpunkte der Moral aus. Das wissen sie auch selber. Um aber ihr Gewissen zu beschwichtigen und die öffentliche Meinung auch von der moralischen Berechtigung ihres Vorgehens zu überzeugen, führen sie als gleichartige Maßnahmen auf Seiten der Arbeiter die von diesen durchgeführten Betriebsperren und Streiks an.

Damit zwingen sie uns zu Betrachtungen über das Wesen von Betriebsperre und Streik; denn haben die Unternehmer mit ihrer Berufung auf diese recht und lassen sich Betriebsperren und Streiks in der Tat mit Arbeiter-Aussperrungen vergleichen, so sind diese moralisch ebenso berechtigt wie jene, und die Arbeiter haben kein Recht, eine Aussperrung als ein Unrecht gegen sie zu bezeichnen.

Doch sehen wir zu, ob dem so ist. Aus welchem Grunde verhängen die Arbeiter über einen Betrieb die Sperre? Es können der Gründe verschiedene sein, die die Arbeiter zur Sperrung eines Betriebes drängen, doch stets werden diese Gründe vor der strengsten sittlichen und moralischen Kritik standhalten; niemals sperren die Arbeiter einen Betrieb aus Krivolität. Sie sperren einen Betrieb, weil derselbe ihre Arbeitsbedingungen nicht anerkennen will, nicht zu dem Zwecke, dem Unternehmen ihre wirtschaftliche Macht zu zeigen oder es zu strafen. Weil das Unternehmen nicht den Lohn zahlen will, den andere gleichartige Unternehmen zahlen, weil es nicht eine so kurze Arbeitszeit bewilligen will, wie andere gleichartige Unternehmen schon haben, weil sie die Wiederherstellung Gemäßigter erzwingen, die Entfernung eines brutalen Meisters durchsetzen wollen und aus anderen ähnlichen Gründen gelangen die Arbeiter zur Sperrung eines Betriebes. Doch ihnen die Sperre in der Regel garnicht einmal in dem von ihnen gewünschten Maße gelingt, weil sie die Tore des fraglichen Betriebes nicht tatsächlich geschlossen halten können, sondern nur an das Eingangs- und den solidarischen Sinn der Arbeiter appellieren können — ein Appell, der leider häufig genug verfehlt und die ganze Aktion wirkungslos verpuffen läßt —, das ist nur nebenher erwähnt. Kurz, die Arbeiter sperren also einen Betrieb nur dann, wenn ihnen die Geltung derselben die Erfüllung von Bedingungen verweigert, die sie sehr leicht zusagen könnte. Es liegt also in der Macht der Betriebsleitung, den Streikfall jederzeit zu beseitigen und damit die Sperre zur Aufhebung zu bringen. Sie braucht dafür kein besonderes Opfer zu bringen, braucht lediglich einen die Arbeiter schädigenden oder belästigenden Zustand zu beseitigen, der als solcher ja überhaupt keine Geltungsberechtigung hat.

Hiermit kommen wir auch auf den eigentlichen Urheber und Verschulder der Sperre: die Betriebsleitung. Sie hat etwas verschuldet und muß natürlich die Folgen ihres Verschuldens tragen. Dabei befindet sie sich aber in der seltenen, günstigen Lage eines Schuldigen, daß sie die Folgen ihres Fehltrittes ohne Darbringung besonderer Opfer jederzeit beseitigen kann. Sie braucht sich nur reuig zu zeigen und Besserung zu geloben — und die Strafe, unter der sie zu leiden hatte, ist aufgehoben — wenn wir uns einmal erlauben dürfen, das von den Arbeitern gegen die Betriebsleitung angewandte Mittel wegen seiner Doppelwirkung als Hebel zur Besserung der Arbeiterlage und als — wenn auch nicht beabsichtigte — Strafe dafür, daß sie die leicht erfüllbaren Bedingungen der Arbeiter nicht ungezwungen erfüllen, als Strafe zu bezeichnen.

Die Betriebsperre wird also von den Arbeitern verhängt, weil das Unternehmen die leicht erfüllbaren Bedingungen der Arbeiter unerfüllt ließ. Die Erfüllung von leicht erfüllbarem mit erlaubten Mitteln durchzuführen oder durchzusetzen zu versuchen, ist aber nichts Unmoralisches, sondern insofern etwas sehr Moralisches, als es die Arbeitsbedingungen der in dem betreffenden Betriebe nach erfolgreichem Kampfe schaffenden Arbeiter auf den Durchschnittsstand hebt, ohne die Position des Besitzers dieses Betriebes unter den Durchschnittsstand hinauszudrücken und ohne im übrigen sonst jemand irgendwelchen Nachteil zuzufügen.

Was hier von der Betriebsperre gesagt ist, gilt in vollem Umfange auch vom Streik. Er ist durch seine gesetzliche Sanktion moralisch gerechtfertigt, denn was durch ein Gesetz besonders als erlaubt erklärt wird, kann ja mit den geltenden Moralanschauungen allenfalls nur dann im Widerspruch stehen, wenn das Gesetz schon veraltet und von den neueren Moralanschauungen schon überholt worden ist. Hier ist das aber nicht der Fall, denn die gesetzliche Sanktion des Streikrechts ist eine Folge der in diesem Betracht zur Geltung gekommenen Moral, der gesetzliche Ausdruck der geltenden Moralanschauungen, und diese Anschauungen haben sich nicht etwa seit dem Bestehen dieses Gesetzes verengt, sondern erweitert, so daß man nicht sagen kann, das Gesetz gewähre mehr als die geltende Moral zulassen möchte; vielmehr ist das Gegenteil davon der Fall; die Moral hält eine Erweiterung des gesetzlichen Streikrechts für dringend notwendig, wenigstens mehr Freiheit zur Ausübung des geltenden Rechts. — Sowohl bei dem Streik wie bei der Sperre ist der verfolgte Zweck: den Gegner zur Anerkennung der Bedingungen zu veranlassen, die ihm vom Arbeiter gestellt werden. Es wird hier also durch den Arbeiter vom Unternehmer nicht mehr verlangt, als der Unternehmer sonst vom Arbeiter verlangt: Anerkennung der Bedingungen, die er (der Unternehmer) dem Arbeiter stellt. Wenn diese Bedingungen dem Arbeiter aber nicht mehr behagen oder durch für ihn schlechtere Bedingungen ersetzt worden sind, steht ihm nicht nur das gesetzliche, sondern auch

das moralische Recht zu, darin eine Wendung zu seinem Besseren zu verlangen und die Arbeit solange zu verweigern, bis seine eigenen Bedingungen vom Unternehmer erfüllt werden.

Sperren und Streiks richten sich also gegen die, welche sich weigern, die Bedingungen zu erfüllen, unter denen die Arbeit ihren Fortgang genommen hätte. Es vollzieht sich hier nur im Großen, was sich sonst bei Weigerung, Arbeit anzunehmen oder fortzusetzen, im Kleinen abspielt, nämlich wenn der einzelne Arbeiter sich weigert, ihm dargebotene Arbeit anzunehmen oder eine schon innegehabte Arbeitsstelle wieder aufzugeben, weil ihm die ihm gestellten Bedingungen nicht oder nicht mehr zusagen. Der Unternehmer, der durch eine Sperre oder einen Streik getroffen wird, hat also die in der Regel erfüllbaren Bedingungen seines Partners nicht erfüllt und den Zustand, unter dem er leidet, also selber verschuldet.

Läßt sich aber dasselbe auch von dem durch eine Aussperrung getroffenen Arbeiter sagen? Hat er denn nicht die Bedingungen, die der Unternehmer ihm stellte, getreulich erfüllt? Und traf ihn nicht dennoch die Aussperrung?

Die Antwort auf diese Frage kann nur sein: Ja, er hat die ihm gestellten Bedingungen erfüllt, denn sonst hätte man ihn doch nicht solange in Arbeit behalten. Er hat keinen Groschen mehr Lohn verlangt, nicht über die Länge der Arbeitszeit gemurrt, kurz ohne irgend ein Zeichen der Unzufriedenheit unter den ihm von seinem Anwender diktierten Bedingungen geschäft; er hat sich nichts zu schulden kommen lassen, was seine plötzliche Entlassung rechtfertigte. Dann ist aber nach unserer Darlegung die Aussperrung des Arbeiters und damit seine Brotlosmachung eine schreiende Ungerechtfertigkeit.

Die Unternehmer wollen das freilich nicht zugeben, sie sagen, die Aussperrten brauchen ja nur den Grund der Aussperrung zu beseitigen und die Aussperrung sei aufgehoben. Der Grund ist aber neuerdings oftmals ein Streik an einem dem Aussperrungsorte fernem Orte und die Aussperrten haben auf die Streikenden auch nicht den geringsten Einfluß. Wie sollten sie also die Ursache der Aussperrung beseitigen können?

Die Unternehmer antworten: freilich, einen direkten Einfluß auf die Streikenden haben die Aussperrten nicht, doch können sie mittels ihrer Organisation Einfluß auf die Streikenden gewinnen. Doch die Aussperrten gehören der Organisation, durch die sie Einfluß auf die Streikenden gewinnen könnten, zu vier Fünfteln nicht an. Wie sollten sie da durch die Organisation Einfluß auf die Streikenden gewinnen können?

Diese Frage können uns die Unternehmer gewiß nicht beantworten. Sie halten das auch garnicht für notwendig, denn sie setzen voraus, daß wir ihre Argumentation nicht ernst nehmen, sondern als eigentlichen Zweck der Aussperrung ganz richtig die beabsichtigte finanzielle Schwächung der Organisation ansehen, die sich doch in jedem Falle ihrer streikenden und ausgesperrten Mitglieder annehmen muß, selbst wenn sie die Nichtmitglieder ihrem Schicksal überläßt. Und sie kann selbst gegen die am Streik beteiligten Nichtmitglieder nicht immer so verfahren, weil sonst leicht der Streik von vornherein als verloren zu betrachten wäre. Die Organisation hat also in fast jedem Falle alle Streikenden zu unterstützen und dazu die ausgesperrten Mitglieder. Damit wird die für Unterstützung auszubehende Summe aber eine so hohe unter Umständen, daß die Arbeiterorganisation den Kampf nicht lange aushalten kann, wenn sie nicht über besonders hohe Geldmittel verfügt.

Diese Taktik des Unternehmertums kann also für seine Zwecke wirksam sein, obgleich von seinen Maßnahmen unter den heutigen Verhältnissen wenig betroffen werden, die vielleicht der Arbeiterorganisation noch spinnereif sind. Dadurch wird aber das Unrecht, das an ihnen vom Unternehmertum verübt wird, noch offenkundiger. Das Unternehmertum hungert Leute zwecks Bekämpfung einer Arbeiterorganisation aus, die seine Bestrebungen bisher in wirksamster Weise unterstützten, indem sie der dem Unternehmertum verhafteten Arbeiterorganisation fern blieben, wofür sie zum „Dank“ nun aufs Pfahle gesetzt werden.

Das Unternehmertum huldigt also, wie man sieht, dem jesuitischen Grundsatze: Der Zweck heiligt das Mittel.

Doch wenn auch der Zweck durch das Mittel „geheiligt“ wird, errettet wird er im weitesten Sinne des Wortes nicht; die Arbeiterorganisation kann wohl durch eine Aussperrung zunächst finanziell geschwächt werden, muß aber durch das offensichtliche Unrecht, das mit dieser den unorganisierten Arbeitern zugefügt wird, numerisch gestärkt werden und erfährt damit eine weitere finanzielle Stärkung, die sie naturgemäß auch finanziell kräftigen muß. Dadurch wird sie aber auch kampfsfähiger und dem Unternehmertum gefährlicher. Das Unternehmertum treibt auch die Arbeiter in die Organisation, die von ihr garnichts wissen wollten. Sie müssen ihr beitreten, wenn sie sich vor den Folgen der Machtgier des Unternehmertums sichern wollen, denn alle Nichtmitglieder haben sie keine Unterstützung zu erwarten, ebensowenig von den Gemeinden, und am wenigsten natürlich von den Unternehmern, die ja mit ihrer Unterstützung den Zweck der Aussperrung: die Arbeiterorganisation zu schwächen, aufgeben würden; sie würden dann einen großen Teil der Aussperrungskosten selber übernehmen müssen, was ihren Zwecken schnurstracks zuwiderläufe.

Die Unternehmer erzielen also mit ihrer Aussperrungstaktik zu guter Letzt das Gegenteil von dem, was sie erzielen wollten: statt einer Schwächung der Arbeiterorganisation deren Stärkung. Das kommt daher, daß sie der Arbeiterschaft einen Zustand unterstellen, in dem sich diese noch garnicht befindet, nämlich den Zustand, in dem die ganze Arbeiterschaft einer ganzen Industrie ihrer Organisation angehört. Das Unternehmertum betrachtet die ganze Arbeiterschaft einer ganzen Industrie als eine einzige einzige Klasse, die es so nimmt, wie wenn alle Arbeiter der Organisation angehörten und durch deren Schwächung selbst geschädigt würden. Selbst wenn die Organisation alle Kämpfe verschuldet hätte — was ja bekanntlich nicht der Fall ist — müssen bei der Taktik des Unternehmertums die „Unschuldigen mit den Schuldigen“ leiden. Das sollte jeden dieser „Unschuldigen“ veranlassen, sich zu einem „Schuldigen“ zu machen, um wenigstens nicht unschuldig leiden zu müssen! Und wir sind auch überzeugt, daß die Taktik der Unternehmer diese Wirkung haben wird.

So wird durch das Unternehmertum der Entwicklung der Arbeiterorganisation nachgeholfen, womit diese ganz zufrieden sein kann. Durch die Taktik des Unternehmertums wird also jener Zustand geschaffen, den das Unternehmertum heute schon der Arbeiterschaft unterstellt, der Zustand, unter dem so ziemlich jeder Arbeiter, jede Arbeiterin der für sie geschaffenen Organi-

sation angehört. Dann wird die Organisation bei Aussperrungen also jeden Aussperrten unterstützen müssen, denn alle Aussperrten werden dann eben Mitglieder bei ihr sein.

Das wird aber für die Unternehmerorganisation nicht günstig sein, denn mit der Mitgliederzahl steigt auch die finanzielle Kraft der Arbeiterorganisation, und sie wird dann eine Massenaussperrung umso leichter überstehen. Dann werden die Unternehmer mehr und mehr von ihrer Aussperrungstaktik ablassen müssen, um sich selber vor großem Schaden zu bewahren. Umso mehr wird dadurch aber die Arbeiterorganisation für den Angriff gestärkt, und je mehr dies der Fall ist, umso mehr wird das organisierte Unternehmertum Angriffe (Streiks) zu vermeiden suchen müssen, will es nun nicht durch diese Angriffe (Streiks) geschädigt werden.

So gelangen wir allmählich in jenen Zustand, der das Unternehmertum zwingt, sich bei Arbeiterforderungen mit den Arbeiterorganisationen in Unterhandlungen einzulassen, damit es nicht zum Auslande komme und die Arbeiter den noch befriedigt werden.

Haben die Arbeiterorganisationen diese Position errungen, so kann das organisierte Unternehmertum nicht mehr daran denken, die Arbeiterorganisation durch Belästigung infolge Aussperrung zu zerstören, und Aussperrungen werden dann nicht mehr rohe Willkürakte, sondern nur noch Verzweiflungsakte darstellen, das Unternehmertum wird dann nur noch zur Aussperrung seine Zucht nehmen, wenn es sich übertriebener Forderungen der Arbeiter nicht anders erwehren kann.

Und zu diesem Zustand gelangen wir dank der Aussperrungstaktik der Unternehmer früher, als es sonst geschehen könnte.

So offenbart sich die Willkür der Unternehmerorganisation also auch hier als einen Teil jener Kraft, die zwar das Böse will, doch stets das Gute schafft.

Angelehnt solcher Wirkung der Unternehmertaktik können wir bei allem Ernst der gegenwärtigen Situation freudig ausrufen: Es leben unsere Freunde, die Feinde!

Bedenken kann man vom Standpunkt der Arbeiterschaft und der Arbeiterorganisationen nur, daß die Unternehmerorganisationen eine der Entwicklung der Arbeiterorganisationen so günstige Taktik schon aufzugeben beginnen, wie der Kampf in Reichendach i. Schl. zeigte, wo man es sich an der Aussperrung der Verbandsmitglieder genügen ließ.

Auch das wird zu unserem Nutzen sein, denn wenn wir sehen, daß das Unternehmertum diese Taktik weiter befolgt, können wir dafür sorgen, daß es auch die Verbandsmitglieder in nennenswerter Zahl nicht mehr aussperren kann, weil es uns möglich ist, wieder zu einer Organisationsform zurückzugreifen, bei der dem Unternehmertum die große Mehrheit der Mitglieder als solche unbekannt bleibt. Zu Gutertext profitieren wir auch bei dieser Taktik.

Doch die Vorgänge in Thüringen beweisen, daß das Unternehmertum diese Taktik nicht weiter befolgen wird, man hat da wieder auch die Unorganisierten ausgesperrt. Das Unternehmertum wird also wohl noch weiter an seiner bisher allgemein geübten Aussperrungstaktik festhalten — zu seinem eigenen Schaden, zu unserem Nutzen! —

Noch ein Wort zu der naheliegenden Frage: Was wird aus dem Streik, der die Ursache der Aussperrung war, wenn die Unorganisierten von der Organisation nicht unterstützt werden? Werden die Unorganisierten bei der Aussperrung mit unterstützt, so kann zwar der Streikbetrieb von Streikbrechern frei bleiben, aber der Streik kann nicht leicht gewonnen werden, weil die Aussperrung nicht lange genug ausgehalten werden kann. Der Streik geht also verloren. Werden die Unorganisierten bei der Aussperrung nicht mit unterstützt, so kann der Streikbetrieb leicht durch diese besetzt werden, und der Streik ist dann ebenfalls verloren. Mit ihm ist freilich auch die Aussperrung beendet.

Das Ergebnis des Kampfes ist also, was den Streik anbelangt, in beiden Fällen für die Arbeiter ein negatives.

Bei Nichtunterstützung der Unorganisierten sind sie aber finanziell weniger geschwächt worden als in dem anderen Fall. Deshalb ist die Nichtunterstützung der Unorganisierten deren Unterstützung vorzuziehen.

Als Ergebnis des Kampfes wäre nur die Abwehr der Aussperrung zu verzeichnen. Der Kampf wäre also erst halb durchgeführt; seine ganze Durchsetzung bedingte, daß man auch den Streik gewönne, der die Ursache der Aussperrung war. Man können die Arbeiter aber nur gewinnen, wenn es keine Streikbrecher gibt, d. h. weder aus den Reihen der Streikenden selbst, noch aus denen der Aussperrten. Das wird aber nur dann zu verzeichnen sein, wenn auch die unorganisierten Aussperrten Unterstützung bekommen. Diese muß nach dem Gesagten so hoch sein, daß sie die Leute vor dem Streikbruch bewahrt, aber auch so niedrig, daß sie die unterstützende Organisation nicht so schwächt, daß diese den Kampf aufgeben müßte, bevor der Streik gewonnen wäre.

Für die Lösung dieses Problems eine Regel aufzustellen, wäre aber verfehlt; eine kluge Taktik wird von Fall zu Fall entschieden, ob die unorganisierten Aussperrten zu unterstützen seien oder nicht, und in welcher Höhe sie zu unterstützen seien. Als Regel sollte aber in jedem Falle, wo man sich aus taktischen Gründen für Unterstützung der unorganisierten Aussperrten entscheidet, für diese ein erheblich niedrigerer Unterstützungssatz gelten als für die organisierten Aussperrten.

Für die Frage, ob die unorganisierten Aussperrten überhaupt überhaupt mit zu unterstützen seien, wird es also nach dem Gesagten darauf ankommen, ob man mehr Wert auf die schnelle Beendigung der Aussperrung legt, unbekümmert darum, was aus dem Streik wird, der die Ursache der Aussperrung war, oder ob man mehr Wert auf die siegreiche Beendigung des Streiks legt, gleichviel, wie lange die Aussperrung dauern möge. Im ersteren Falle wird es von Nutzen sein, die unorganisierten Aussperrten nicht zu unterstützen, im letzteren Falle, sie so zu unterstützen, daß sie sich nicht zu Streikbrechern hergeben, und Streik und Aussperrung für die Arbeiter siegreich beendet werden können.

Mitteilungen aus Fachreisen.

Berlin. Die Stricker und Wirker der Firma Robert Kern hier beschlossen in einer am 11. Oktober abgehaltenen Fabrikversammlung, in eine Lohnbewegung einzutreten. Es wurden folgende Forderungen gestellt: Erhöhung des Wochenlohnes der Jacquardstricker, Kachel- und Kettenarbeiter von 24 Mark auf 27 Mk., des Lohnes der Stricker an platter Maschine auf 24 Mk., Vergütung der gesetzlichen Feiertage als volle Arbeitstage, Bezahlung der Zeit, die über 8 Stunden

tätlich gearbeitet wird, mit 75 Pf. pro Stunde. (Bei Arbeitsmangel soll die Arbeitszeit möglichst verkürzt werden); Anerkennung des von den Arbeitern gewählten Fabrikarsschusses. In der von der Geschäftsleitung gewünschten mündlichen Verhandlung, die am 19. Oktober mit der Kommission der Arbeiter stattfand, wurde bewilligt: Erhöhung des Wochenlohnes sämtlicher Stricker und Wirter um 2 Mt., Vergütung der gesetzlichen Feiertage als volle Arbeitstage, Nachzahlung der schon verfallenen Feiertage des laufenden Jahres; Bezahlung der Ueberstunden mit 75 Pf. und Anerkennung des Fabrikarsschusses. Ferner gab Herr Kern das Versprechen, den Rest der Forderungen so bald wie möglich noch zu erfüllen.

Der günstige Verlauf der Lohnbewegung ist vor allem dem geschickten Vorgehen der Arbeiter zu danken. Wir erlauben nun die auswärtigen Stricker und Wirter, besonders in Mülhausen i. Th., Apolda, Sulza, Chemnitz und auf dem Eichsfelde, auch ihrerseits auf Verbesserung ihrer Lage bedacht zu sein. Besonders von Mülhausen und Apolda wird uns eine kolossale Sämundkonturrenz bereitet. Sind doch in Mülhausen i. Th. die Löhne für Arbeit auf glatter Maschine so erbärmlich, daß ein Stricker dabei überhaupt nicht existieren kann. Die Strickerinnen dabei leben zum Teil noch auf Kosten der Eltern. Diejenigen, die sich selbständig erhalten müssen, können trotz größter Fleißes kein menschenwürdiges Dasein führen.

Kolleginnen und Kollegen Mülhausens! Glaubt euren Unternehmern nicht, wenn dieselben euch erzählen, die dortigen Löhne wären „so hoch, sie könnten nicht konkurrieren. Gerade wir in Berlin haben unter den niedrigen Mülhausener und Apoldaer Löhnen zu leiden!

Aber auch in Berlin ist es sehr schwierig, die Strickerinnen davon zu überzeugen, daß es ihre erste Pflicht ist, sich zu organisieren. In der Glühstrumpfbranche, in welcher hier mehrere tausend Arbeiterinnen beschäftigt sind, hat die Organisation überhaupt noch keinen Eingang gefunden, obwohl auch dort die Arbeitsverhältnisse sehr verbesserungsbedürftig sind. Kolleginnen! Bedenkt doch endlich, daß, wenn ihr zehn bis fünfzehn Jahre lang angestrengt in ungeordneten Fabrikräumen gearbeitet habt und dann in die Ehe eintretet, ihr gar nicht mehr imstande seid, gesunden, kräftigen Kindern das Leben zu geben, da ihr ja eure besten Kräfte in der Fabrik verbraucht habt. Ihr könnt euch ja infolge der unglücklichen Verhältnisse gar nicht zu vollen Menschen entwickeln. Daher kommt der Rückgang der Volkskraft und die allgemeine Degeneration des Volkes. Nie und nimmer sind wir dazu geboren, die Hälfte unseres Lebens in ständigen Fabrikräumen zu verbringen. Schon im Interesse unserer Kinder liegt es, daß die Arbeit besser bezahlt, die Arbeitszeit verkürzt wird und daß die Zustände in hygienischer Hinsicht gebessert werden. Da dies aber nur möglich ist, wenn wir Arbeiter und Arbeiterinnen zusammenhalten, so rufen wir euch nochmals zu: schließt euch alle unserer Organisation, dem „Deutschen Textilarbeiterverband“ an!

Bodum. Die vierteljährliche Generalversammlung der hiesigen Filiale des Deutschen Textilarbeiterverbandes fand am Sonntag im Restaurant „Grenztal“ statt. Wir entnehmen dem Kassendbericht, daß eine Einnahme von 522,68 Mt. zu verzeichnen war, der eine Ausgabe von 372 Mt. gegenüberstand, so daß ein Kassenbestand von 150,68 Mt. vorhanden ist. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Als Schriftführer wurde Kollege W. Fuchs gewählt. Schwieriger gestaltete sich die Wahl eines Bezirksamtes; erst nach mehreren vergeblichen Vorschlägen fand sich ein Kollege bereit, das Amt eines Bezirksamtes zu übernehmen. Dieses Amt wird als so nebenbei von den Kollegen betrachtet und doch ist dasselbe eines der wichtigsten innerhalb der ganzen Organisation; deshalb sollten die Kollegen das Eintreten der Beiträge und das Zustellen der Zeitung abwechselnd übernehmen. Geirigt wurde das Verhalten eines Kollegen, der während des Maurerstreiks Gelder ohne Liste eingesammelt hat. Der Vorstand soll diese Angelegenheit prüfen und der nächsten Versammlung Bericht erstatten.

Buchholz. Am Sonntag den 26. Oktober fand hier in der „Aube“ eine gut besuchte Versammlung der Textilarbeiter statt. Paul Wagener aus Chemnitz sprach über „Die Aussparungen der letzten Zeit und ist es möglich, die Lebenslage der Posamentierer des Erzgebirges zu heben?“ Seine interessanten Darlegungen wurden von reichem Beifall gelohnt. An der Diskussion beteiligte sich auch ein Herr Dunderländer im Sinne des Referates. Mit einem kräftigen Schlusswort schloß der Vorsitzende Herrmann die Versammlung, die hoffentlich nicht ohne Erfolg für den Textilarbeiterverband bleiben wird.

Burkhardttsdorf. Dienstag den 31. Oktober (Informationsfest) fand im „Elysium“ eine gut besuchte Mitgliederbesprechung statt. Als erster Punkt wurde vom Revollmächtigten und Kassierer August Wald auf der Vierteljahresabschluss vom 3. Quartal 1905 vorgetragen. Die Einnahme betrug 939,15 Mt., die Ausgabe 511,11 Mt., so daß ein Kassenbestand von 428,04 Mt. verbleibt. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung. Dann wurde beschlossen, daß die Unterkassierer aller 14 Tage einzuliefern und das Geld an den Hauptkassierer abliefern sollen. Die Mitgliederzahl ist seit April um 50 gestiegen, so daß wir jetzt 140 Mitglieder haben. Das ist zwar noch eine geringe Zahl bei über 1000 hier im Orte beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen, doch wenn jeder seine Pflicht tut und agitiert, wo er kann, wird unsere Mitgliederzahl bald verdoppelt sein. Vor allem, Kollegen, unterstützt die Wirte, die uns ihre Lokaleitäten zu Versammlungen zur Verfügung stellen! In Frage kommen nur das „Elysium“ und der Gasthof „Auenberg“.

Chemnitz. Die Filiale des Deutschen Textilarbeiterverbandes hielt am Sonnabend im Volkshaus ihre Monatsversammlung ab, zu der auch Gäste Zutritt hatten. Davon hatten eine große Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen, die nicht dem Verbandsangehörigen, Gebrauch gemacht, so daß der weite Saal des Volkshauses gut besetzt war. Anlaß dazu bot die Ankündigung von Referaten des Verbandsvorsitzenden Hübsch-Berlin und des Gauleiters Bretschneider-Gera über die Massen-Aussparungen im sächsisch-thüringischen Textilbezirk. Da Hübsch am Erscheinen verhindert war, mußte sich die Versammlung mit einem Bericht Bretschneiders begnügen, den derselbe nach erfolgter Nominierung der Kandidaten zu Vertretern in der gemeinsamen Ortskrankenkasse. In späterer Stunde beginnen konnte. Der Referent gab eine ausführliche Darstellung der Entwicklungsgeschichte des Kampfes, wobei er namentlich hervorhob, daß dem früheren Einwände der Unternehmer, die Arbeiter hätten ihre Forderungen nicht rechtzeitig gestellt, dadurch im voraus begegnet werden sollte, daß diesmal die Forderungen schon zu Neujahr eingereicht wurden und den Fabrikanten volle 4 Jahre Zeit gelassen wurde, sich auf diese Forderungen einzurichten. Dennoch sei ihr Widerstand ein hartnäckiger denn je zuvor. Die einzelnen Unternehmer würden eben von ihrer Organisation vergeblich zu erwarten sein, als die Organisation der Arbeiter für die Folge kampfunfähig zu machen. Um aber diesen Zweck einzutreten zu vermeiden, wurde den Tarifforderungen der Arbeiter ein Tarifangebot entgegengestellt, das annehmbare Lohn erhöhungen für die selbena übergar nicht hergestellten Waren vorsah, für die gangbarsten Waren aber entweder nur

ganz geringe Erhöhungen oder sogar — Vohurdutionen versprach. Dabei benutzte die Fabrikanten aber die Bewegung zur Erhöhung der Warenpreise bis zu 40 Pf. per Meter, wozu sie dem Arbeiter gnädigst einen halben Pfennig abtreten wollten. Der Redner beleuchtete kritisch die „im Prinzip“ gewährte Forderung des zehnstündigen Arbeitstages, der, weil Frühstücks- und Reserpause nicht eingehalten zu werden brauche, zu einem elfstündigen werde. Ebenso zu bewerten sei die Gewährung der Arbeiterausschüsse, in denen die Unternehmervertreter die Hälfte bilden sollen — als Vertretung der Unorganisierten. Der von den Unternehmern in Greiz herausgerechnete Durchschnittslohn von 14,99 Mt. — die Gewerbeinspektion hatte nur 11 Mt. und einige Pfennige festgestellt — spreche an sich schon für die Berechtigung der Tarifbewegung, die auch dadurch noch weitere Berechtigung finde, daß der Meccaner Tarif um ca. 20 Prozent höher sei. Freilich scheine man auch diesen Tarif mit den jetzigen Kampfe besichtigen zu wollen. Die Bemühungen der Unternehmerorganisation würden aber vergebliche sein, denn lange könnten sie die Aussparung nicht aufrecht erhalten, wenn sie nicht die ihnen bis zum Inkrafttreten der neuen Tarifstufe noch verbleibende Frist unbenutzt lassen wollen. Und ihre Hoffnung, daß die Arbeiter am 6. November die Fabriken wieder bevölkern würden, werde eine ebenso eitle und vergebliche sein. Die Zahl der jetzt Aussperrten berechnete der Redner auf 20 000, die der durch die Aussparung brotlos gemachten auf 25 000. Wenn erst noch die Färbereien geschlossen sein würden, wären 40 000 Aussperrte vorhanden. Ein solcher Riesenkampf erheische die weitestgehende Solidarität der gesamten Arbeiterschaft, die sicher nicht ausbleiben werde. — Der Redner erteilte für seine sachlichen Darlegungen brausenden Beifall. Nach ihm sprach noch in wirksamer Weise Reicheit-Chemnitz, der die lügenhaftesten Berichte der Unternehmerpresse gebührend gestellte und dafür bei der Versammlung volles Verstandnis fand.

Düsseldorf. Wie allen Kollegen bekannt ist, sollte am Samstag den 4. November unsere regelmäßige Mitgliederversammlung stattfinden. Der Lausheit zufolge, die in erschreckendem Maße zunimmt, mußten wir entkräftigt nach Hause gehen, denn vor leeren Stühlen zu beraten könnte dem rührigsten Kollegen die Sache vereteln. Nicht nur zahlende, sondern tätige Mitglieder brauchen wir, die ein freies Wort nicht scheuen und für ihre Interessen einzutreten wissen. Auch sind die Räume des Gewerkschaftshauses nicht dazu da, belegt zu werden, während manche andere nicht wissen, wo sie ihre Versammlungen halten sollen. Ist denn unser Ziel und Streben so unbegreiflich? Muß denn immer aufs neue wieder jedem vor Augen geführt werden, in welchem Maße im Laufe der Zeit sich die Verhältnisse durch die Organisation gebessert haben? Darum hinein in die Versammlungen! Verlasse sich nicht jeder auf den anderen, der Etat usw. vorzieht.

Einsiedel. Hier die Abrechnung vom 3. Quartal: Einnahme: Eintrittsgeld 1,80 Mt., Wochenbeiträge à 30 Pf. 310,50 Mt., Wochenbeiträge à 20 Pf. 28 Mt., Zuschlag auf Wochenbeiträge (männlich à 20 Pf.) 59,40 Mt., (weiblich à 10 Pf.) 4 Mt., Kassenbestand vom vorigen Quartal 178,12 Mt., Summa 581,82 Mt. Ausgabe: Agitation 5,76 Mt., sachliche Ausgaben 0,90 Mt., sonstige Ausgaben 0,30 Mt., an die Hauptkasse geschickt 320,08 Mt., Verwaltung 25,50 Mt., Summa 352,54 Mt. Bleibt ein Kassenbestand von 229,28 Mt. Mitgliederbestand: 76 männliche, 10 weibliche. Geprüft und für richtig befunden von den Kollegen Friedrich Weiß, Remtau, Moritz Wieland, Remtau, Richard Damm, Neu-Eichenberg. Die Mitglieder werden erlucht, mehr Sorgfalt auf die Ausfüllung der Fragekarten zu verwenden.

Hohenleuben. Sonntag den 29. Oktober fand im Vereinslokal (S. Schl.) eine öffentliche Textilarbeiter- und Arbeiterinnenversammlung statt, welche von vielen hiesigen und fremden Kollegen und Kolleginnen besucht war. Den Bericht über den Kampf in der Textilindustrie gab Kollege Heidel aus Gera, welcher nach einstündigem Referat reichem Beifall fand. In der Diskussion sprachen sich einige Kollegen aus Hohenleuben sowie aus Triebes im Sinne des Referenten aus.

Hünningen. Da wir für unsere Filiale eine Bibliothek gründen wollen, ersuchen wir die Kollegen allerorts, uns mit Büchern, die sie abtreten könnten, zu unterstützen.

Kolmar. Am Samstag den 21. Oktober fand im „Katharinen-jaal“ eine öffentliche Versammlung statt, in der Genossin Marie Greifenberg aus Augsburg das Thema behandelte: „Die niedrigen Löhne in der Textilindustrie und ihre Einwirkungen auf das Familienleben“. Die Versammlung war von ungefährt fünf-hundert Personen beiderlei Geschlechts besucht und nahm einen glänzenden Verlauf. In wahrhaft überzeugender, 1 1/2 stündiger Rede verstand es die Referentin meisterhaft, die Zuhörer zu fesseln. Gleich anfangs beleuchtete sie die soziale Gesetzgebung unfres an der Spitze der Kultur sein wollen des Landes. Allerdings stehe Deutschland im Ausbeuten an der Spitze, wie die 6 1/2 Millionen Arbeiterinnen, die in der Industrie beschäftigt sind, beweisen. Daß die Unternehmer die Arbeiterinnen bevorzugen, hat seinen Grund darin, daß dieselben stets willigere und billigere Arbeitskräfte sind, welche gegebenenfalls gegen die männlichen Arbeiter ausgespielt werden können. England habe die neunstündige, Amerika die zehnstündige, Frankreich habe ebenfalls verkürzte Arbeitszeit. Als vor-erlichen Monaten auf Drängen der christlichen Gewerkschaften seitens des Zentrums eine Interpellation an den Reichstag über den zehnstündigen Arbeitstag gerichtet wurde, amete die ganze Arbeiterschaft Deutschlands auf, und voll Hoffnung sah sie dem Tag der Ver- ratung entgegen. Aber es kam anders. Das gewaltige Zentrum hat seine bisherige Taktik beibehalten, da die große Mehrheit sich ablehnend verhielt, während die sozialdemokratische Fraktion wie ein Mann für die Arbeiterklasse eintrat. Zum Schluß appellierte die Rednerin in warmen Worten an die Anwesenden, dem Deutschen Textilarbeiterverband beizutreten. Stürmischer Beifall lohnte sie mehrmals im Laufe und am Schluß ihrer Rede. In die Diskussion griff Genosse Feger ein. Auch er sprach sich im Sinne der Referentin aus und forderte zum Beitritt in die Organisation auf. Der Geschäftsleiter der Genossenschaftsbäckerei, Genosse Sabertür, ergriff die Gelegenheit, um die Gerichte, die über die Brotpreise im Umlauf sind, zu widerlegen. Genosse Sindelang kritisierte die Kampfesweise der langsam bekannten Meritalen. Kollege Vorsitzender Münch erwähnte noch die An- wesenenden zum Beitritt in die Organisation und schloß die Ver- sammlung kurz nach 11 Uhr.

Krefeld. Die Agitation unter den hiesigen Stoffwebern läßt viel zu wünschen übrig. Angehends dessen könnte man annehmen, daß hier nur Milch und Honig fließt. Doch in Wirklichkeit hört man hier mehr Klagen als sonstwo. Diesen abzuheilen sollte sich jeder zur Aufgabe machen. Es muß deshalb als Nachschlüssel be- zeichnet werden, daß die Fabrikbesprechungen, die aller vier Wochen- ar jeden Betrieb abgehalten werden sollen, für viele Betriebe unterbleiben. Eine Bedingung unserer Lebenslage kann nur erreicht werden, wenn die noch rüchständigen Arbeitskräfte und Schweltern für die Organisation gewonnen werden. Auch der oft noch anzu- treffenden Berufung darauf, daß gewisse Vorkommnisse in der Bewegung manchen von ihr fernhalten, muß mit Nachdruck ent- gegengehalten werden. Komme nur jeder in die Versammlung,

der glaubt, es besser machen zu können; sein Rat wird gewiß gern gehört, seine Mitarbeit mit Freuden willkommen geheißen werden! Auch in den Filialversammlungen ist jeder, der den ehrlichen Willen zeigt, sein Bestes zur Hebung seiner Klasse beizutragen, gern ge- sehen. Würden alle ihre Kraft mit einlegen, könnte unsere Mit- gliederzahl halb verdoppelt werden. Das kann nicht das Wert einiger an der Spitze stehender Personen sein, dabei müssen alle, die von besserer Erkenntnis durchdrungen sind, mithelfen. Geheißt das, dann werden uns unsere Gegner mehr respektieren und den Gewinn davon werden wir haben. Darum: Gebt das nutzlose Schwablonieren an den Bierischen auf und betätigt euch am rechten Plage für die Organisation! Nur so kann euch geholfen werden!

Körsch. Am 2. November besuchte uns die auf einer großen Agitationstour sich befindende Frau Greifenberg aus Augsburg. Wohl noch nie hat Körsch eine so stark besuchte Textilarbeiter- Versammlung gesehen, wie die erfolglose. Mehr wie 300 Personen, darunter erfreulicherweise recht viele Frauen und Mädchen, fanden sich im großen Saal des „Martgräfers Hofes“ ein, um dem wirklich zu Herzen gehenden Vortrag zu lauschen. Die Rednerin entrollte im zweistündigen Referat die ganze traurige Lage des Arbeiters, und besonders der Arbeiterin. Stürmischer Beifall wurde ihr am Schluß ihrer Ausführungen zu teil. — Möge die Saat, die Frau Greifenberg in die Herzen der Anwesenden gestreut hat, aufgehen; mögen die Indifferenten in sich gehen und sich massen- haft zum Verband melden! Dann gehen wir Zuständen entgegen, die uns jetzt als Ideal vorkommen.

München. Die hiesige Filiale hielt am Sonntag den 29. Oktober nachmittags 4 Uhr im Gasthaus zum „Kleinen Bauern“ in Schwabing eine allgemeine Textilarbeiter-Versammlung ab, die gut besucht war. Der Gauleiter Kollege Brüggemann-Nürnberg hielt einen einstündigen Vortrag über das Thema: „Die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart und der Wert der Organi- sation.“ Redner betonte, daß in diesem Jahre auch die Textil- industrie von schweren Lohnbewegungen und Aussparungen heim- gesucht werde. Heute sind circa 30 000 Textilarbeiter und -Arbeiterinnen in Sachsen-Thüringen ausgesperrt. An der Hand statistischen Materials gab Redner ein übersichtliches Bild der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesem Industriebezirk. Redner gestellte in scharfen Worten das Verhalten der christlichen Gewerkschaften. Kollege Brüggemann führte den Anwesenden die Erfolge der Schiffenlöhner in Plauen, der Weber in Reichenbach i. Schl. vor Augen. Ferner gedachte er der glänzenden Erfolge der Posamen- tierer in Berlin, Düsseldorf, Köln, Nürnberg. In diesen Städten sind die Posamentierer zur Einsicht gekommen, daß für die Arbeiter die Abschließung von Tarifverträgen das Vernünftigste ist. Zum Schluß appellierte Redner an die Versammelten, rastlos zu agitieren und nicht zu ruhen, bis der letzte Mann im Verbands- ist. Seine Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Hierauf gab Kollege Desterle einen Bericht über die Gewerkschafts- delegierten-Sitzungen. In Stelle des abgereisten Kollegen Semmeter wurde Kollege Hertwig als Gewerkschaftsbelegierter gewählt. Nach Aufnahme verschiedener Kollegen schloß Vorsitzender Fuchs die Versammlung.

M. Gladbach. Am 29. Oktober tagte eine außerordentliche Generalversammlung unserer Filiale. Zunächst wurde ein An- stellungsvertragsentwurf beschlossen, dann wurde in geheimer Wahl Kollege Wilh. Panhuts zum Geschäftsführer gewählt. Weiter hielt Kollege Schagen aus Krefeld einen besäftigt aufgenommenen Vortrag über „Die Feinde der modernen Ar- beiterbewegung“. Er bezeichnete die Regierungen, die Unter- nehmer, das moderne Pfaffenamt und die christlichen Gewerks- schaften als die schlimmsten Feinde der modernen Arbeiterbe- wegung. Schon im vorigen Jahrhundert hätten die Wehbeden- lange Jahre Zwangsarbeit und Verbannung über die Arbeiter verhängt, die es sich vorgenommen hatten; für die Vereinigung der Arbeiter untereinander zu agitieren. Von dieser Seite sei aber nichts anderes zu erwarten, solange der Geldsack die Fäden der Regierung in Händen halte. Das moderne Pfaffenamt unterzog der Referent einer scharfen Kritik. Er führte an, daß die heutigen Christenheitvertreter nicht nur das Christentum, das der große Nazarener gepredigt, zu einem Christentum des Kapitals gemacht hätten, sondern daß diese Pfaffen auch die Frauen der Arbeiter mit ihrem Ganggarn zu umspinnen suchten, um die Männer von der freien Arbeiterbewegung fern- zuhalten. Zu diesem Zwecke seien auch die christlichen Gewerks- schaften gegründet worden. Die bürgerliche Presse unterzog der Referent einer scharfen Kritik, besonders die Zentrums- presse. Für die Kampfesart derselben folgendes Beispiel: Am 26. Oktober sollte hier eine Volksversammlung tagen, mit der Tagesordnung: „Die Sozialpolitik im deutschen Reichs- tage und die politischen Parteien.“ Aus nicht vorherzusehenden Gründen konnte aber der Referent zu dieser Versammlung nicht erscheinen, und mußte die Versammlung vertagt werden. Was tat nun aber das Zentrumsblatt, der „Gladbacher Merkur“? Am 27. Oktober veröffentlichte er folgenden Versammlungs- bericht: „Gestern trat hier wieder ein sozialdemokratischer Redner auf. Etwas Positives wußte der Herr nicht zu bieten, ihm kam es nur darauf an, den Arbeitern gegenüber das stets als eminent arbeiterfreundlich erprobte Zentrum zu verdäch- tigen und herunterzusehen. So oft auch die Sozialdemokraten ihre dahingelenden Versuche wiederholen werden — bei den braven katholischen Arbeitern werden sie nicht Gehör finden.“ Dies ist der Bericht eines Zentrumsblattes über eine Versamm- lung, die überhaupt nicht getagt hat. Kann es wohl noch einen größeren Schwindel in der Welt geben? Der Referent schloß mit einem warmen Appell an die Versammelten, die Lügen- blätter aus ihren Wohnungen zu verbannen und an deren Stelle ein wahres Arbeiterblatt zu halten. Allgemeiner Beifall. Die Diskussion wurde auf Antrag wegen vorgerückter Zeit bis zur nächsten Versammlung verschoben und soll dann als erster Punkt der Tagesordnung behandelt werden. Th. Schl.

Reichenbach i. W. Freitag den 3. November hielt Kollege Reichel-Chemnitz in der „Tonhalle“ ein interessantes und feuriges Referat über die Aussparung der Arbeiter des sächsisch-thüringischen Arbeitgeberverbandes. Die Versammlung war von circa 900 bis 1000 Personen besucht, welche in begeisterter Stimmung den Worten des Referenten lauschten. Reichel Beifall lohnte die vorgetragenen Ausführungen des Referenten. Nach einer sehr lebhaften Diskussion im Sinne des Kollegen Reichel erhielt derselbe das Schlusswort. In begeisterter Stimmung für Fortsetzung der uns aufgewungenen Kampfes (Aussparung) gingen die zahlreich Erschienenen aus- einander und verpflichteten sich dieselben, Montag den 6. d. M. die Arbeit nicht wieder aufzunehmen.

Waltersdorf. Bei der Firma Webst, Hartmann & Westertal hier erlebten sich die Spuler die Arbeit da- durch, daß sie bei farbigen Garnen den Klopffaden mit ein wenig Talg bestrichen. Das hat der Spulmaschinen-Schreiber bemerkt. Zwei Spuler wurden wegen der beschriebenen Prozedur, die den Garnen kaum etwas schaden kann, mit je 75 Pf. bestraft. — Wenn die Behauptung der Spuler, daß sie ohne Zufuhrnahme von Talg erheblich weniger verbleuten, richtig ist und der Talg dem Garne nichts schadet, ist es erklärlich, daß sie wegen der Bestrafung außerst unglücklich sind. Sollen können ihnen aber nur der Beitritt zum Textilarbeiterverbande. Hoffentlich sehen sie das ein und handeln